

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 103.

Dienstag, den 5. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Unser Bildungswesen.

Wenn das „Parteijahr“ zur Mütze geht und die große Uebersicht aufgemacht wird über die Entwicklung und die Fortschritte unserer Bewegung, dann stoßen wir auf ein Kapitel, das vor einem Jahrzehnt noch völlig fehlte, sich jetzt aber breit und respektgebietend zwischen die anderen Abteilungen unserer Aufklärungsarbeit hineingesetzt hat: die Tätigkeit der Bildungsausschüsse.

Eine empfindliche Lücke galt es auszufüllen, als auf dem Mannheimer Parteitag 1906 die formelle Grundsteinlegung für den neuen Bau erfolgte. Der Zollwucherwahlsieg von 1903 hatte uns über Nacht zur Dreimilionspartei gemacht, unübersehbar schienen die Scharen, deren Sympathie der sozialdemokratischen Partei gehörte! Aber waren sie auch überzeugt genug, um in Sturm und Not der Fahne treu zu bleiben? War ihre Gesinnung so fest gegründet, daß sie jeglichem Angriff zum Trotz sicher auf dem Boden sozialistischer Erkenntnis standen? Berechtigter Zweifel wurden darüber laut. „Wir sind mächtig in die Breite, weniger in die Tiefe gewachsen“, schallte damals die Klage und was die Sorge der Freunde war, bildete die Hoffnung der Gegner. „Ausgang“ ist es, den der nächste Sturm aus andere Her spült, Mittläufer sind es, die nicht wissen, was sie tun — damit tröstete sich der Trost der Feinde.

Für die nimmer ruhende Sozialdemokratie aber bildete die Erkenntnis den ersten Schritt zur Besserung. Aus jener Zeit rühren die ersten Anläufe, die sozialdemokratische Partei zu einer zentralisierten Organisation mit festgelegten Vereinen an Stelle des alten Vertrauensmännerstystems zusammenzuschließen und an jene Umwälzung schließt sich auch die planmäßige Förderung der Arbeiterbildung, wie sie heute in so unerwartet günstigem Umfange vor uns liegt. Die zweite Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse Deutschlands, die Ende April in Berlin tagte, gab Veranlassung, einige Zahlen über die bisherige Wirksamkeit dieser Bewegung zusammenzustellen. Demnach greift ein festgelegtes System von 331 Ortsbildungsausschüssen und 35 Bezirken ineinander, um nachzuholen, was versäumt war, um vor allem wieder in die Tiefe wachsen zu lassen, was eine Zeitlang nur in die Breite gewachsen war. Einst hatte der Besprechungs- und Diskussionsklub die Aufgabe erfüllt, die Genossen durch Rede und Gegenrede über die sozialistischen Ideen zu belehren, die spärlichere und seltenere periodische Presse ließ mehr Raum und Zeit übrig für die Beschäftigung mit grundlegenden Büchern und Broschüren der Partei. Besonders des ersteren Methoden erlernt und für das letztere mußte neue Anregung gegeben, neuer Boden urbar gemacht werden. Das ist nun in ganz hervorragendem Maße in den wissenschaftlichen Vortragskursen geschehen, die seit dem Mannheimer Parteitag systematisch über ganz Deutschland abgehalten wurden und die durch die Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses ein so sicheres Fundament erhielten. 1330 Vortragskurse mit 9755 Vorträgen sind allein in den vier Jahren vom April 1909 bis März 1913 abgehalten worden und 165530 Teilnehmer gingen durch diese Kurse, tranken also aus dem Borne des Wissens, der ihnen hier geboten wurde. Ueber welche Zweige der wissenschaftlichen Belehrung sich diese Tätigkeit erstreckt, das deutet nachstehende Tabelle an, die nicht einmal vollständig ist. Danach wurden veranstaltet:

	Kurse	Teilnehmer
Nationalökonomie	152	17 010
Wirtschaftsgeschichte	73	9 904
Allgemeine Geschichte	136	14 838
Sozialdem. Parteigeschichte	37	6 541
Literatur- und Kunstgeschichte	42	4 971
Sozialismus	82	9 182
Sozialdem. Parteiprogramm	166	20 625
Politik und Verfassung	66	6 106
Bürgerliche Parteien	69	8 909
Gewerkschaftsbewegung	38	3 327
Genossenschaftsbewegung	4	260
Sozialpolitik	67	4 358
Rechts- und Gesetzeskunde	36	3 999
Naturwissenschaft	176	41 834
Erziehung	14	1 978
Rede- und Stillehre	51	3 571
Elementarjäger	118	3 036
Technik	23	4 692

Wanderlehrer: Otto Kühle, Dr. Dunder, Dr. Konrad Schmidt, Engelbert Graf, Dr. Drücker, Dr. Poensgen-Alberty, Julian Borchard, Wilhelm Reimes, Bernhard Rausch, Dr. Paul Vensch, Kurt Wigging, Christian Döring.

Ein Vergleich mit den Kursen, welche der Zentralbildungsausschuß mit eigenen Rednern veranstaltete, deutete darauf hin, daß die obigen Zahlen nicht einmal vollständig sind; er ließ zum Beispiel in drei Jahren

184 Kurse mit 23 264 Teilnehmern über das sozialdemokratische Parteiprogramm und 82 Kurse mit 9182 Teilnehmern über andere sozialistische Thematika abhalten. Rund 80 000 Mark wurden allein in diese Arbeit gesteckt, die einen gründlichen Angriff auf das Mittläufertum darstellt, das unseren Gegnern so starkes Kopfzerbrechen macht. Ihre Wirkung beschränkt sich nicht auf das Gehörte und Erfragte allein, sondern der erfreuliche starke Bucherumsatz im Anschluß an die Kurse zeigt, welche lebende Wirkung für das Geistesleben der Arbeiterschaft von ihnen ausgeht. Ergänzend treten zu diesen Kursen 2496 wissenschaftliche Einzenvorläufe mit 210 141 Teilnehmern hinzu, deren Boden hauptsächlich die kleineren Orte sein sollten, die einen ganzen Kursus noch nicht tragen können. Es wird eine Vermehrung dieser Einzelvorträge und größerer Opfer der großen Städte bedürfen, um die wissenschaftliche Bildungsarbeit noch weiter ins Land hineinzutragen und auch solche Gegenden in unseren Wirkungskreis hineinzuziehen, die heute noch wegen der entstehenden Kosten vor ihrer Teilnahme zurückschrecken. Mit den Ermäßigungen der Zentrale und einem kleinen Zuschuß des Vororts im Bezirk werden auch die schwächeren Orte sich an die Arbeit heranwagen können.

Neben der großen wissenschaftlichen Vertiefungsarbeit aber gilt es auch, die Feste der Arbeiter zu veredeln, überhaupt ihren künstlerischen Sinn zu pflegen und zu fördern, sie dem flachen Vergnügungsstaukel abwendig zu machen, der heute leider breite Schichten des Volkes beherrscht. Welch erfreulicher Anseh ist dazu gemacht, welche großartige Stück Kulturarbeit ist damit geleistet, daß es den Bildungsausschüssen in zwei Jahren gelang, 1 157 870 Proletarier in die Theater, 695 960 zu künstlerischen Veranstaltungen anderer Art zu führen! Wie viele von denen, die heute freudigen Herzens in unsere Konzerte, Dichterabende, Rezitationen und Theater-Vorstellungen kommen, sind hinweggeholt vom endlosen Kartenpiel, heraus aus engen, rauchigen Kneipen, zurück zu ihren Frauen und Kindern, die sie dorthin nicht begleiten wollten, hier aber als gern gesehene Gäste an dem Gebotenen teilnehmen! Auf allen Gebieten mehrte sich der Einfluß und der Erfolg der planmäßigen Arbeit, die in dem Zentralbildungssekretär Genossen Heinrich Schulz einen unermüdet vorwärtstreibenden Leiter gefunden hat. Sie bringt den Kindern ihre Märchenwelt, wie den Erwachsenen das Theater, die künstlerisch einwandfreie Jugendschrift den Kleinen und das belehrende Buch den Eltern; sie klimmt an den Wänden der Proletarierwohnungen hinauf und legt künstlerischen Wandschmuck an Stelle der öden Delbilder und geschmacklosen „Hausregeln“, sie fördert die Bildung großer Zentralbibliotheken als Burgen des Wissens für unseren gemeinsamen Kampf. Sie hat das stehende Lichtbild in den Kreis ihrer Anschauungsmittel gezogen und denkt auch das lebende Bild zu nutzen für die Belehrung und Aufklärung, genau so, wie der Schulkineamatograph seine Rolle zu spielen beginnt.

Von der Reichskonferenz aus ergeht nun der neue Ruf ins Land hinaus, sich allenthalben dieser Arbeit anzuschließen. Wo man Bedenken trägt, wo noch Irrtümer über Kosten und Lasten dominieren, da sind die Bezirksauschüsse verpflichtet, helfend und belehrend einzugreifen — nirgends aber sollte man sich der Mitarbeit an dieser wichtigen Sache entziehen. Es ist politische und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit in höchster Potenz, die hier geleistet wird; sie kommt allen Zweigen der Arbeiterbewegung zugute. Sie sollte vom Redakteur des Parteiblattes ebenso willige Förderung erfahren, wie vom gewerkschaftlichen Funktionär, vom Kassierer wie vom Vorstehenden der Organisation. „Um unsere Sache handelt es sich“ — das muß ihre Ueberzeugung sein, wenn der Ruf nach Unterstützung und Verbreitung der Bildungstätigkeit ergeht. Denn sie dient der Gegenwart und der Zukunft des Proletariats.

## Die Konkurrenzklause.

(Den Handlungsgehilfen zum eingehenden Studium empfohlen.)

Die bürgerlichen Parteien haben in der langen und reichhaltigen Geschichte ihrer parlamentarischen Niederlagen selten wohl ein solches Beispiel der Schwäche und der Nachgiebigkeit geboten, wie in der Frage der Konkurrenzklause. Nach der ersten Lesung konnte man glauben, die Mehrheit würde sich mit aller Entschlossenheit für das gesetzliche Verbot der sozialunförmigen und brutalen Konkurrenzklause aussprechen, das ja auch von allen Handlungsgehilfen verlangt worden ist. Aber schon in der Kommission zogen sich die Herren vorsichtig auf bescheidenere Ansprüche zurück. Von einem Verbot war

bald nicht mehr die Rede, und man hätte froh sein können, wenn man wenigstens eine bescheidene Verbesserung des heutigen Zustandes erreicht hätte. Die Sozialdemokratie, die entgegen allem Gerede der Gegner, von einer Alles-oder-Nichts-Politik auch zaghaften Reformen zustimmt, wenn Besseres nicht möglich wird, zeigte sich unter diesen Verhältnissen auch zu einem Kompromiß bereit. Aber auch diese Möglichkeit schied bald aus, sobald die Regierung einige Male das neuerdings so oft gehörte „Unannehmbar“ ausgesprochen hatte. Die letzten Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien führten schließlich zur fast bedingungslosen Anerkennung des Regierungswillens, in einem Punkte brachte sogar ihr Vorschlag eine deutliche und wichtige Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Sozialdemokratie blieb von diesem Augenblick ab allein in der Opposition.

Genosse Hoch begründete in sachkundiger Darlegung, die unsere Leser im ausführlichen Reichstagsbericht in der Beilage verfolgen können, die mit durchschlagenden Beispielen aus der lebendigen Wirklichkeit gestützt war, die Stellung unserer Fraktion. Er zeigte, wie die Mehrheit von Stufe zu Stufe schließlich zur Willenslosigkeit herabsank, und sich endlich zu einer Abmachung drängen ließ, die den Handlungsgehilfen und Angestellten den schweren Schaden zufügt, daß ein unerträglicher Zustand nunmehr wieder auf lange Zeit erhalten werden soll. Mit scharfer Kritik behandelte unser Redner dies Verhalten der Mehrheit, und er schloß mit der Folgerung, daß so die Gehilfen notwendig in das sozialdemokratische Lager geführt werden.

Den bürgerlichen Fraktionen war in dieser Situation recht unangenehm zumute. Herr Trimbom namentlich, der in der ersten Lesung für das Zentrum möglichst viel Entschiedenheit aufgebracht hatte, suchte mit vieler und verborgener Mühe den Nachweis zu erbringen, daß doch eine gewisse Besserung durch das neue Gesetz geschaffen werde. In derselben Tendenz argumentierten der Nationalliberale Thoma und der Fortschrittler Waldstein, die für die Kommission einen regen Arbeitseifer in Anspruch nahmen, als ob das ein Argument für den schließlichen Umfall sein könnte! Auch der konservative Herr Frommer und sein Nachbar Merzin ebenso wie der ewig unvermeidliche Herr Mumm variierten dasselbe Thema. Die Schuld all dieser Parteien an dem Scheitern einer wirklichen Reform wurde von den Genossen Dr. Quark und Dr. Cohn ausführlich mit aller Energie dargelegt, und vergeblich suchte Herr Dr. Well noch für das Zentrum zu retten, was nun einmal nicht mehr zu retten war. In der peinlichsten Lage befand sich der nationalliberale Herr Marquard, der als Vorsitzender eines Handlungsgehilfenverbandes in der Kommission mit der Sozialdemokratie gestimmt hatte, auch jetzt mit unseren Anträgen sympathisierte, sich indessen noch nicht traute, von der Haltung seiner Fraktion abzuweichen.

Die Anträge der Sozialdemokraten wurden teilweise mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt; bei einigen wenigen stimmten auch noch einige Außenseiter mit uns. Über den Hauptantrag auf Verbot der Wettbewerbsklause wird heute namentlich abgestimmt.

## Das Harikiri des Zentrumsabgeordneten Dr. Jäger.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Eugen Jäger veröffentlichte bekanntlich Mitte April in dem liberalen Blatte „Allgemeine Rundschau“ den berühmt gewordenen aber gefälschten Kaiserbrief. Er wurde von dem um die Kaisergruft besorgten Geheimrat u. Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses glatt abgegeschüttelt. Aber das genügte noch nicht; auf höheren Befehl der Zentrumsleitung mußte er am 1. Mai eine lange Erklärung an die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ senden, die wir nachfolgend mit geringen Auslassungen wiedergeben:

„Der Wahrheit gemäß muß ich feststellen, daß die ganze Angelegenheit mit der Zentrumspresse und Zentrumsparthei als solcher nichts zu tun hat.“

Die Andeutung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wurde nur vom „Nachener Volksfreund“ und in einer Wenigkeit (in der „Allgemeinen Rundschau“ in München) aufgegriffen. Sonst hat sich die Zentrums- presse nur bescheiden und höchst zurückhaltend, vielfach sogar ablehnend verhalten. Von den Abgeordneten der Partei ist einzig meine Persönlichkeit engagiert und selbstver- ständiglich auf eigene Rechnung und Gefahr.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat das, was der „Nachener Volksfreund“ und die „Allgemeine Rund- schau“ über den angeblichen Inhalt des Kaiserbriefes sagte, dementiert mit den Worten: „daß der Brief keine- lei Ausspruch irgend welcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaisers zu ihnen enthält. Alle gegen- teiligen in der Presse verbreiteten Angaben sind aus der Luft gegriffen.“ Damit waren meine Mitteilungen in Nr. 13 der „Allgemeinen Rundschau“, soweit sie den Kaiserbrief betrafen, als unrichtig erklärt. Die Mit- teilung von dem Telegramm, in welchem Kaiser Wil- helm der Landgräfin für den Fall des Religionswechsels den Ausschluß aus dem Hause Hohenzollern ankündigte, ist nicht dementiert worden, weder von der „Nord- deutschen Allgemeinen Zeitung“ noch von einem der Herren, die sich später über den Fall äußerten. Diese Mitteilung dürfte also richtig sein. Ich bin übrigens über dieses Telegramm zu einer milderen Auf- fassung gekommen als anfangs und halte es für meine Pflicht, das offen hier zu bekennen.

Auch mir sind inzwischen von der ersten hier zuständigen Seite Mitteilungen geworden, die das he- stätigen, was die beiden oben genannten Herren (Kul- tusminister Trost und Abg. Vorsh) über den Inhalt des Kaiserbriefes sagten. Ich darf meinem Gewährs- mann vollen Glauben schenken und darf nun ebenfalls erklären, daß der Kaiserbrief nicht enthält, was für einen Katholiken beleidigend wäre, das er mit keiner Silbe die katholische Kirche erwähnt und auch keine Ge- hößlichkeit gegen dieselbe enthält. Es ist lediglich ein Privatbrief und nur zu verstehen, wenn man die Ver- hältnisse, die ihm vorangingen, würdigt. Der Kaiser spricht in dem Briefe zu dem Mitgliede seines Hauses, das den Glauben der Väter verläßt, und kein billig Denkender wird ihm das Recht bestreiten, diesem Mit- gliede Vorhaltungen zu machen.

Ich habe bereits in Nr. 13 der „Allgemeinen Rund- schau“ erklärt, daß ich meine Mitteilungen von dem ver- storbenen Dr. Arnim Kamen erhalten habe, der selbst durchaus vertrauenswürdig, sich auf einen ebenfalls ver- trauenswürdigen Gewährsmann stützen zu sollen glaubte. Nach dem Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen“ habe ich dann in Nr. 16 der „Allgemeinen Rundschau“ vom 18. April freiwillig erklärt, daß der Beweis für die Richtigkeit des Inhalts des Kaiserbriefes von mir nicht geführt werden kann, und daß ich daher meine Angaben in dieser Beziehung nicht aufrecht erhalte. ... Entschieden war für mich der Umstand, daß Kardinal Kopp etwa von 1902 ab den Brief an sich genommen und bis zu seinem Tode verwahrt hatte. Das mußte bei mir und vielen anderen den Eindruck machen, als lägen wich- tige innere sachliche Gründe zur Geheimhaltung vor. Ich bin nun von der oben erwähnten ersten zuständigen Stelle auch über diesen Punkt aufgeklärt worden. ...

Von einer Fälschung des Kaiserbriefes kann nach meiner Kenntnis der Verhältnisse keine Rede sein. Es handelt sich um einen Vorgang, der sich im Leben oft abspielt, daß durch Weitertragen von Mund zu Mund unbewußte Veränderungen und Verschärfungen sich ein- schleichen und dann schließlich feste Gestalt annehmen.

Es steht jedem in der Öffentlichkeit das Recht zu, mein Verhalten zu kritisieren. Wer öffentlich auftritt, muß sich das gefallen lassen, und ich übe ja auch dieses Recht. Nur die Anzweiflung meines guten Glaubens bei Behandlung der ganzen Frage muß ich mir ent- schieden verbitten. Ich darf ruhig zugeben, daß ich einem Irrtum zum Opfer gefallen bin. ... Dadurch, daß ich mich, wenn auch mit Vorbehalt, zum Sprachrohr dieser Gerüchte gemacht habe, wurde die Prüfung und Klärung der Angelegenheit erst möglich. Das hat mir manche Verdrießlichkeiten gebracht. Durch die Art aber, wie die endgültige Erklärung erfolgt ist, bin ich dafür entschädigt worden. Die größte Genugtuung emp- finde ich darüber, daß die trüben Schatten, welche diese Gerüchte in den Augen der deutschen Katholiken auf das Bild Kaiser Wilhelms geworfen haben, nun verschwun- den sind.

Die Selbstaufopferung des Reichstagsabg. Dr. Jäger ist so gründlich, sie dürfte jedoch den gewünschten Erfolg für die Zentrumspartheileitung nicht haben, da der „Nachener Volksfreund“, der mit Dr. Jäger zugleich mit dem gefälschten Brief operierte, nicht die gleiche Selbsterwindung an den Tag legt. Gegenüber den Erklärungen des Abgeordneten Vorsh im preussischen Landtag vertritt das Nachener Zentrumsblatt, daß der falsche Kaiserbrief schon vor sechs Jahren in Zentrums- kreisen allgemein bekannt war. Das jetzt abzustreiten, sei ein nutzloses Beginnen, und wörtlich fährt der „Nache- ner Volksfreund“ fort:

„Als der „Volksfreund“ die Angelegenheit zur Sprache brachte, fiel man von allen Seiten mit Kenne- rniene aus den Läden; sogar der umstrittene Satz wurde bestätigt: so im „Bayerischen Kurier“ Nr. 83, im „Badischen Beobachter“ Nr. 82, in der „Augsburger Postzeitung“ Nr. 135 und in der „Korrespondenz Erzberger“. Es handelt sich also nicht um den etwa isolierten „Volksfreund“ und um die „Allgemeine Rundschau“, wie jetzt die Dialektik fest- stellen möchte.“

Gegenüber dieser interessanten Feststellung wird auch das Gelächter Erzbergers nichts nützen, der mit Wieder- weiermiene dem Kaiser eine Ehrenerklärung ausstellt und versichert, die besten Katholiken könnten an der Hal- tung des Kaisers nichts aussetzen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Eine neue Liebesgabe für die Agrarier.

Im Militärretat werden 264 000 Mk. zur Deckung der Ausgaben und 481 000 Mk. zur Deckung laufender Aus-

gaben zur Verbesserung der Beleuchtung in den Mann- schaftsstuben durch Vermehrung der Petroleumlampen geordert. Während jetzt auf zehn Mann eine Lampe kommt, sollen künftig bereits je vier Mann eine Lampe erhalten. Die agrarische Spirituszentrale benutzte nun diese Gelegenheit, um durch den General z. D. v. Ditz- furch in der „Deutschen Tageszeitung“ den Beweis dafür anzutreten zu lassen, daß für die Beleuchtung der Mann- schaftsstuben künftig nur Spiritus in Betracht kommen könne. Die Spirituszentrale hat enorme Vorräte von Spiritus liegen, sie muß alle möglichen Mittel anwenden, um ein weiteres Steigen der vorhandenen Ueberprodukt- ion zu verhindern, und nun glaubt sie, nicht allein ihre Vorräte los zu werden, sondern auch eine Steigerung der Produktion herbeiführen zu können, wenn der Mil- itärfiskus als Käufer gewaltiger Spiritusmengen auf- tritt. Der Spiritusfachverständige General hebt hervor, daß das Gas für die Beleuchtungszwecke in den Mann- schaftsstuben wegen der großen Gefährlichkeit nicht in Frage kommen könne. Auch an Petroleum hat er man- cherei auszusetzen, weil es mit der Zeit „durchschwit-“ und dann häßliche Flecken verurteilt. Auf die sehr nahe- liegende Frage, die Kasernen elektrisch zu beleuchten, geht der General auch ein und diese Beleuchtung lehnt er deshalb ab, weil unter Umständen mit einem Streif gerechnet werden könne, wodurch das Militär mangels des nötigen Lichts in seiner Wirksamkeit gehemmt würde. Dann jingt er ein großes Loblied auf den Spiritus als Beleuchtungsmittel und leht in eingehenden Darlegungen auseinander, daß ein besseres Brennmaterial für Lampen überhaupt nicht zu denken sei. Seine Mahnung an den Reichstag, er möge den Schnapsbrennern aus ihren Nöten helfen, wird hoffentlich dort keinen Widerhall finden; denn bisher hat sich gezeigt, daß der Spiritus als Beleuchtungsmittel zu teuer ist, ganz abgesehen da- von, daß auch die Explosionsgefahr eine erheblich größere als bei anderen Brennstoffen ist. Der Reichstag und die Heeresverwaltung dürften sich auch dadurch nicht ein- lassen lassen, daß der General die Versicherung abgibt, die Spirituszentrale werde der Heeresverwaltung mit ihren reichen Erfahrungen an die Hand gehen. Wir würden es für ganz selbstverständlich halten, wenn man in den Mannschafsstuben, die in der Tat ganz miserabel beleuchtet sind, das elektrische Licht einführen würde, das sicher nicht teurer kommt als die so warm empfohlene Spiritus-Beleuchtung. Werden die Kasernen erst einmal auf Spiritus-Beleuchtung eingerichtet, dann werden es die schnapsbrennenden Agrarier meisterhaft verstehen, um der Not der Landwirtschaft abzuhelfen, den Preis für Spiritus entsprechend in die Höhe zu treiben.

### Das Pressebureau des Kriegsministeriums.

Die Konservativen werden bei der zweiten Lesung des Militärretats im Plenum des Reichstages den An- trag stellen, die von der Budgetkommission gestrichenen Stellen für das Pressebureau des Kriegsministeriums zu bewilligen. Wie der „Deutsche Kurier“ mitteilen kann, werden die Nationalliberalen den Antrag unter- stützen und man rechnet bereits damit, daß das Zentrum auch seine Zustimmung gibt. In der bürgerlichen Presse wird weiter ein Lamento darüber angeschlagen, daß die Budgetkommission die Mittel für dieses Pressebureau verweigert habe. Wir stellen fest, daß das nicht wahr ist. Das Pressebureau soll in seinem bisherigen Um- fange als Anstaltsstelle aufrechterhalten werden. Nur die Vermehrung des Personals um einen Stabsoffizier und eine Anzahl Hilfskräfte ist abgelehnt worden. Auch hier war in der Budgetkommission ein Vermittelungs- antrag gestellt worden, der dahin ging, statt eines aktiven Stabsoffiziers einen inaktiven Stabsoffizier zu bewilli- gen. Das lehnte der Kriegsminister ab, worauf der An- trag zurückgezogen wurde. Es ist ganz selbstverständlich, daß in einer so großen Verwaltung, wie im Kriegs- ministerium, eine Anstaltsstelle existieren muß, und der Vertreter des Kriegsministers, Oberst Schuejch, hatte auf eine Bemerkung des Abg. Stücken zugezogen, daß die Anstaltsstellen an alle Zeitungen, ohne Unterschied der Par- teirichtung, erteilt werden. Die Mehrheit der Kom- mission, die eine Erweiterung des Pressebureaus abge- lehnt hat, ist zu dieser ablehnenden Haltung gekommen aus der Befürchtung heraus, daß dieses erweiterte Presse- bureau dazu benutzt werden könnte, die Presse in nicht erwünschter Weise zu beeinflussen. Die bürgerlichen Blät- ter, die auf die Budgetkommission losgingen und ihr den Vorwurf machen, daß sie kein Verständnis für die Bedürfnisse der Presse hätte, treffen sonach vollständig daneben. Wir wiederholen, daß an dem bestehenden Zustand absolut nichts geändert wird, nur eine Erwei- terung ist aus den oben angeführten Gründen abgelehnt worden. Es dürfte vielleicht interessieren, noch darauf hinzuweisen, daß das Pressebureau des Kriegsmini- steriums neben der Anstaltserteilung an die Presse auch Zusammenstellungen deutschfeindlicher Äußerungen ausländischer Blätter gegeben hat und daß u. a. auch von dem Pressebureau ein Pamphlet verbreitet worden ist, dessen Verfasser die Parteien des Reichstages in der unstatigen Weise beschimpft. Dem Kriegsministerium ist kein Zweifel gelassen, daß die Verbreitung solcher Pamphlete keineswegs zu den Aufgaben des Presse- bureaus gehören dürfen und auch nicht gehören können.

### Schuldebate im Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in der am Montag fortgesetzten Beratung des Kultuselats die allge- meine Bezeichnung über das Kapitel Höheres Schulwesen beendet. Abg. Pieker forderte in einer Rede, in der er sich mit Mißständen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens beschäftigte, eine größere Bewegungsfreiheit der Lehrer und Schüler. Der Kultusminister verbreitete sich ausführlich über die Frage des höheren Schul- wesens, wobei er sich auf das entscheidendste gegen die Forderung einer Einheitschule erklärte. Ihm erwiderte in anderthalbstündiger Rede Genosse Haenisch, der zunächst die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie, die Bildung jedem Befähigten zugänglich zu machen, be- gründete, um sodann scharfe und ägende Kritik an der Art zu üben, wie heute den jungen Leuten auf der höhe- ren Schule das Wissen beigebracht wird. Gestützt auf ein reichhaltiges Material wies er nach, wie man systematisch den Geistesunterricht fächert, wie man selbst die Schätze der Literatur korrumpiert, kurz, wie alles darauf zugeschnitten

ist, die jungen Leute zu Strebern, Muckern und Hurro- patrioten zu erziehen. Mit Energie verwahrte er sich gegen den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie eine anti- nationale Partei ist; im Gegenteil, gerade das Bildungs- ideal der Sozialdemokratie, das er dem Hause entrollte, beweiße, wie diese Partei die einzig wahrhaft nationale Partei ist; indem sie für die Gesamtheit des Volkes ein- trete. — Die weitere Debatte war belanglos; erwähnt sei höchstens noch, daß dem Abg. Dr. Hess vom Zentrum unsere Schulpolitik noch nicht rückwärts genug ist.

### Der Militärretat in der Kommission.

Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Mil- itärverwaltung und der Sozialdemokratie kam es am Mon- tag in der Budgetkommission des Reichstags. Genosse Noske hatte Pressemeldungen zur Sprache gebracht, die über ungeheuerliche Vorgänge bei der Winterübung eines thüringischen Infanterie-Regiments berichteten und an- gefragt, inwieweit sich die Nachrichten bestätigten. Sofort rückte der General Wild v. S. Hohenborn mit größtem Geschick ins Feld. Im Kasernenhofstone und unter heft- igiten parteipolemischen Ausfällen gegen die sozialdemo- kratische Presse und deren „antimilitaristische Verhegung“ bestritt er die Richtigkeit der Pressemeldungen. Kriegs- minister v. Falkenhayn trat ihm mit Ausführungen und in Formen bei, die nicht zur Milderung und Be- sänftigung der Debatte beitrugen. Auf die zum Teil ganz unmotivierten, zum Teil maßlos übertriebenen Angriffe antwortete Genosse Noske mit Ruhe und sachlicher Überlegenheit; er wies die erhobenen Vorwürfe entschieden zurück und legte an der Hand eigener Beobachtungen dar, daß die in der Presse geübte Kritik der Vorgänge zum mindesten teilweise ihre Berechtigung gehabt habe. Ge- nosse Schulz bestätigte dies durch Vorbringung von Einzelmaterial. Genosse Schöpflin erörterte das Ver- hältnis zwischen Militärverwaltung und Presse, um für letztere bereitwilligere Unterfertigung und höflichere Behand- lung zu fordern. Genosse Ledebour rückte die Be- hauptung von der antimilitaristischen Propaganda, auf der sowohl der Kriegsminister wie sein General mit mehr Fleiß als Geschick herumgeritten hatte, ins rechte Licht. Allgemein war die Empfindung, daß sich die Militärver- waltung in der Behandlung der Angelegenheit, zum min- desten in dem Tone, der die Musik macht, durchaus ver- griffen hatte. Selbst von bürgerlichen Abgeordneten wurde dies ausgesprochen. Im Plenum wird es in der Sache voraussichtlich noch ein lebhaftes Nachspiel geben.

### Zum Präsidenten des Anstaltsbureaus für Privatversicherungen.

wurde an Stelle des ausgeschiedenen Präsidenten Grunert der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Geheimrat Oberregierungsrat Jaup, ernannt.

### Die Koburg-Gothaische Ministerkrise.

In letzter Zeit waren Mächte am Werk, um die un- angenehme Ministerkrise zu beheben. Am Sonntag be- schäftigte sich auch eine Konferenz der Präsidenten der beiden Landtage mit der Krise. Da jedoch der Herzog die Demission des Hofkammerpräsidenten v. Bassow ablehnt, wird das Ausscheiden des Ministers v. Richter wahr- scheinlich.

### Der vornehme Wahlkampf.

Nach den Wahlen von 1912 rühmte die „Kreuzzeitg.“ den Konservativen nach, daß sie den Wahlkampf in d u r c h a u s v o r n e h m e r Weise geführt hätten. Wie diese „Vornehmheit“ in Wirklichkeit aussah, das hat mittlerweile die Wahlprüfungskommission des Reichs- tages in verschiedenen Fällen festgestellt. Natürlich im Wahlkreis Okerburg-Stendal tobenden Wahlkampf nur in der denkbar vornehmsten Weise, so vor- nehm, daß es bereits zu Handgreiflichkeiten gekommen ist, und daß die Nationalliberalen beschließen mußten, den nicht im Wahlkreise wohnenden konservativen Rednern in den nationalliberalen Wählerversamm- lungen das Wort nicht mehr zu erteilen. Die konservativen Agitatoren sind eben selbst den Nationalliberalen zu — vornehm.

### Balkan.

Die Epiroten haben in Albanien nach einem Bom- bardement die Ortschaft Frashert genommen und in Brand gesteckt.

### Amerika.

Die mexikanisch-amerikanischen Zwischenfälle. Aus Veracruz wird gemeldet, daß durch Spione festgestellt wurde, daß eine außerordentlich große mexikanische Streit- macht sich bei Campos, ungefähr hundert Meilen von Veracruz entfernt, sammelt, und General Maas, der Oberstkommandierende der Mexikaner, nunmehr genügend Truppen hat, um allen Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein. Zu einem bewaffneten Zusammenstoß wird es aber bei Veracruz wohl kaum mehr kommen. Denn das mexikanische Kriegsministerium hat, wie aus Mexiko tele- graphiert wird, alle Befehlshaber der Bundestruppen an- gewiesen, auf Grund des Waffenstillstandes die Feindselig- keiten einzustellen. Das bedeutet also den ausgesprochenen Willen Huertas, sowohl mit den Nordamerikanern als auch mit den Konstitutionalisten Waffenruhe zu halten, bis die Vermittlungs-Verhandlungen zu Ende sind. Tatsäch- lich ist auch bei Tampico bereits Waffenstillstand ein- getreten.

Post Telegramm aus Manzanillo ist der mexikanische Dampfer „Luella“ infolge Explosion einer Mine im Hafen, die für den Kreuzer der Vereinigten Staaten „Keleigh“ gelegt worden war, gesunken. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 5. Mai.

Der Sozialdemokratische Verein hält heute abend seine Mitgliederversammlung ab. Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin in der Erwartung, daß die Ge- nossen und Genossinnen in Anbetracht der interessanten Tag- gesezordnung zahlreich erscheinen.

**Kulturträger.** Der unkultivierte Mensch nimmt die Welt hin, wie sie ist. Er kennt keine Kritik und läßt alles um sich herum geschehen und sein. Die Welt entwickelt sich ohne sein Zutun. Erst als die Kritik in ihm erwacht, greift er bewußt in die Entwicklung ein, nimmt er persönlich teil an der Entwicklung der Kultur, wird er Kulturträger.

Aber auch unter diesen von kritischem Geist erfüllten Menschen gibt es wieder Unterschiede. Mehr oder minder kritisch sind die einzelnen, und darum greifen sie auf mehr oder minder begrenzten Gebieten in den Gang der Welt ein. Hier ist ein denkender Kopf mit einem kalten Herzen, dort ein süßes Herz mit einem kalten Kopf. Dieser erkennt auf dem einen Gebiet Mängel und erstrebt eine Veränderung, jener auf einem andern Gebiet. Und durch dieses Nebeneinandergreifen der Kritik all der Spezialmenschen entstand dann die Entwicklung bis zu unserer Zeit.

Auch heute noch gibt es solche kritische Spezialmenschen, doch sind inzwischen auch Menschen geboren, die den Namen Kulturträger in viel größerem — in universellem Maße verdienen. Sie üben auch Kritik, aber nicht wie jene nur als lächle Denker oder als phantastische Schwärmer, nicht wie jene nur auf einem mehr oder minder beschränkten Gebiete. Der ganze Welt gilt ihre Kritik. Was ihnen auch nur im Leben begegnet, daheim und draußen, in ihrem Beruf und fern von der Arbeit, bei ihnen selbst und bei andern, überall sieht ihr süßes Herz und ihr denkendes Hirn nicht nur die Welt, wie sie ist, nein, auch wie die Welt sein soll, erkennen sie. Den Kapitalismus sehen sie überall und immer wieder als die Wurzel alles Übels. Er zieht sich wie ein roter Faden durch ihr ganzes Fühlen und Denken. Es gibt keine Anschauung, die nicht nur so allumfassend ist wie der Sozialismus, sondern die auch so viel System in ihrem kritischen Schauen aufweist.

Mit dem Erwachen der Kritik greift der Mensch bewußt in die Entwicklung ein, so sagten wir, mit dem Erwachen der Kritik wird er Kulturträger. Da nun der Sozialismus die Kritik in ihrer umfassendsten und organisiertesten Form ist, so ist der Sozialdemokrat, der seine Sache ernst nimmt und mit eiserner Energie dem Partei-Ideal entgegenstrebt, ein Kulturträger in vollendetster Art.

**Öffentliche Impfung.** Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 15. März 1880, die Ausführung des Impfgesetzes betreffend, sind vom Senat die nachstehenden Impfschritte gebildet und den bei ihnen namhaft gemachten, vom Senat erwählten öffentlichen Impfschritten unterstellt worden: Impfschritt I: „Süd“, umfassend die beiden südlichen Quartiere Johannis und Marien, die Vorstadt St. Jürgen und die Ortschaften Brandenbaum und Hohewarte. Impfschritt II: „Nord“, umfassend die beiden südlichen Quartiere Marien-Magdalenen und Jakob und die Vorstadt St. Gertrud. Impfschritt III: „St. Lorenz“, umfassend die beiden südlichen Quartiere Marien-Magdalenen und Jakob und die Vorstadt St. Gertrud. Impfschritt IV: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfschritt V: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfschritt VI: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfschritt VII: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfschritt VIII: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern. Impfschritt IX: „St. Lorenz Südwest“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz südwestlich von der Fackelburger Allee und deren ungerade Nummern.

Nach den Bestimmungen des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 sind im laufenden Jahre 1914 der Impfung mit Schutzpocken zu unterziehen:

1. alle im Jahre 1913 geborenen Kinder, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben, oder bereits mit Erfolg geimpft sind;
2. alle im Jahre 1902 geborenen Zöglinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule, mit Ausnahme der Sonntags- und Abendschulen, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden haben, oder mit Erfolg geimpft worden sind;
3. alle Kinder, welche in den Jahren 1912 und 1913 impfpflichtig waren und bei welchem die vorgenommene Impfung nach dem Urteile des Arztes erfolglos geblieben ist;
4. alle impfpflichtigen Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfung vorläufig befreit gewesen sind, wenn der Grund dieser vorläufigen Befreiung weggefallen ist.

Ist ein Impfpflichtiger auf Grund ärztlichen Zeugnisses von der Impfung zweimal befreit worden, so kann die fernere Befreiung nur durch den zuständigen Impfschritt erfolgen. (§ 2 Absatz 2 des Impfgesetzes.) Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen in der Stadt und den Vorstädten werden vom 6. Mai bis zum 4. Juli d. Js. a) für Erstimpfungen am Mittwoch, dem 6. und 20. Mai, dem 3. und 17. Juni und 1. Juli; b) für Wiederimpfung am Sonnabend, dem 9. Mai und 6. Juni nur für Mädchen, dem 23. Mai und 20. Juni nur für Knaben, dem 4. Juli für Mädchen und Knaben um 2½ pünktlich stattfinden, und zwar: für den Impfschritt I in der Turnhalle der Dom-Volksschule, Domkirchhof 6; für den Impfschritt II in der Turnhalle der Burg-Volksschule, hinter der Burg 6; für den Impfschritt III in der Turnhalle des Reservelshauses Schwarzwart Allee 44/46; für den Impfschritt IV in der Turnhalle der 1. St. Lorenz-Volksschule, Kirchenstraße 5. — Das Medizinalamt fordert die Bewohner von Stadt und Vorstädten, die von der öffentlichen und unentgeltlichen Impfung Gebrauch machen

\*) Bei den Impfschritten ist der Ort, in welchem der Impfschritt Impfung für die Bewohner des Distrikts unentgeltlich vornimmt (Impfsort), durch Sperredruck hervorgehoben.

wollen, auf ihre Impflinge, welche rein gewaschen und mit reinen Kleidern versehen sein müssen, zur festgesetzten Stunde zu stellen, da sie andernfalls es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie auf den nächsten Impftermin verwiesen werden. Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Croup, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen die Impflinge zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden. Die Nachschau der Geimpften wird am dem nächstfolgenden Mittwoch, den 13. und 27. Mai, 10. und 24. Juni und 8. Juli bezw. an dem nächstfolgenden Sonnabend, den 16. und 30. Mai, 13. und 27. Juni und 11. Juli, nachmittags 2½ Uhr pünktlich vorgenommen, wobei zugleich die Impfscheine ausgehändigt werden. Für die landlichen Impfschritte in der Regel nur ein Termin zur Impfung und Nachschau vom Impfschritt abgehalten. Zeit und Lokal wird in den einzelnen Ortsgemeinden jedesmal vorher in ortsüblicher Weise bekannt gemacht werden.

**Vom Theaterbesuch.** Das Stadttheater wurde im April 1914 an 29 Abenden von 11393 zahlenden Personen besucht, also durchschnittlich von 393 gegen 469 an 30 Abenden im April 1913. Der größte Besuch war am 21. und 28. April mit je 781 Personen („Lohengrin“ und „Traumulus“), der kleinste Besuch am 22. April mit 187 Personen („Origo“); an 5 Nachmittagsvorstellungen von 9331 zahlenden Personen, also durchschnittlich von 666 Personen gegen 925 an 5 Nachmittagsvorstellungen im April 1913.

Als Abschiedsvorstellung für Kapellmeister Pfeiffer kamt Mittwoch abend im Neuen Stadttheater Beethovens „Fidelio“ zur Aufführung. Die Erreichung hoher Ziele war stets Streben des Scheidenden; deshalb konnte auch für den Ehrenabend kein besseres Werk als „Fidelio“ gewählt werden. In den sechs Jahren, während welcher Pfeiffer am hiesigen Stadttheater wirkte, hat unsere Oper eine Blütezeit erreicht, wie kaum je zuvor. Viele Vorstellungen konnten sich denen großer Bühnen ebenbürtig an die Seite stellen; es sei beispielsweise nur an den „Rosenkavalier“ erinnert. Ohne das Verdienst der übrigen Künstler zu verkleinern, darf gesagt werden, daß die überaus gewissenhafte unermüdete Arbeit Pfeiffers, seine unbedingte Objektivität dem Kunstwerk gegenüber und sein feines musikalischs Empfinden, dem sich Sänger und Orchester gleichmäßig willig beugten, den Boden vieler Erfolge ebnete. Es ist tief bedauerlich, daß unsere Bühne in Zukunft dieser ausgezeichneten Kraft entbehren soll. Morgen, am Abschiedsabend, werden hoffentlich im Theater ihm viele derjenigen danken, denen er Stunden der Weisheit und künstlerischen Genießens geschenkt hat.

**pb. Diebstahl.** In der Nacht vom 3./4. d. M. sind von dem beim Güterchuppen 16 liegenden Dampfer vom Ostseebödderdienst „Seelwaise“ 3 Winkerbüchel aus Messing im Durchmesser von 29 Ctm. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**pb. Gestohlene Gegenstände.** Bei dem mittels Einsteigens durch ein offenes Fenster in der Gertrudenstraße verübten Diebstahl sind folgende Gegenstände abhanden gekommen: 2 Paar Herrenstiefel, Größe 43, 1 Damenportemonnaie aus braunem Leder mit 15 Mk. Inhalt, 1 braunes Herrenportemonnaie, enthaltend 17 Mk., 1 goldene kleingliedrige Damenuhrkette mit einem herzförmigen Schieber mit lilafarbigem Stein, 1 goldenes Zigarrenband, 1 goldener Damerring mit rotem Stein, 1 goldene längliche Brosche, 1 goldene Herrenuhrkette mit einem Kompaß als Anhänger, 1 goldener Klemmer in braunem Leder, 1 Zigarrenetui mit dem hiesigen Wappen, 1 Paar hellbraune und 1 Paar dunkelbraune Herren-Glacehandschuhe, 6 weiße Taschentücher, grz. „C. F.“, 1 blaue Krawatte mit gelben Streifen.

**pb. Entwendete Uhr?** Am 4. d. M. ist aus einem Anprobierraum eines hiesigen Geschäftes um die Mittagszeit eine goldene Damen-Kapseluhre mit einer Kette aus oxydierendem Silber abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Zeiger sind mit Diamantsplitter verziert, das Zifferblatt ist ein wenig gesprungen und die Deckel tragen Verzierungen. Die Reihe der silbernen Glieder der Uhrkette ist von einzelnen goldenen Gliedern unterbrochen.

**pb. Ermittelt und festgenommen** wurde ein hiesiger Arbeiter, der einem anderen Arbeiter ein Paar Stiefel gestohlen hat. Er wird außerdem seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten flechtbrieflich verfolgt.

**Neues Stadttheater.** „Falkstift“ und „Margarethe“ erfahren in dieser Woche Wiederholungen nach ihren beifallsreichen Aufführungen in der vergangenen Woche. „Falkstift“ wird zum letzten Male am Donnerstag gegeben, „Margarethe“ am Freitag. Für morgen soll die „Fidelio“-Aufführung nochmals in den Vordergrund eines besonderen Interesses gerückt sein. Heute „Die fünf Franzosen“.

**Säuglingsfürsorgestelle I.** Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Rahlhorststraße 31/33 statt.

**Hamburg.** Schrecklicher Selbstmordversuch einer Blinden. Weil sie ihr Augenlicht völlig verloren hatte, überzog Sonnabend vormittag eine Pfeiffersgasse 15 wohnende Ehefrau ihre Kleider mit Petroleum und zündete sie an. In Au glück sie einer Feuerkugel, und als Hausgenossen die Flammen löschten, hatte die Armut Lebensgefährliche Brandwunden erlitten. Von der Sanitätskolonne wurde die Frau ins Krankenhaus gebracht. Ihr Weiden ist hoffnungslos. Die Unglückliche soll sich schon längere Zeit mit Selbstmordgedanken getragen haben.

**Hamburg.** Infolge eines Anfalles gestorben. Der Arbeiter Meyer, der am 1. Mai auf der Bulkanwerft dadurch verunglückte, daß eine Lokomotive gegen eine von Arbeitern gefahrene Lori stieß, hat außer Armverletzungen auch innere Verletzungen erlitten, an denen er nun im Krankenhaus gestorben ist.

**Hamburg.** Streik der Roll- und Expeditionskutscher. Am Montag brach im Roll- und Expeditionswesen ein allgemeiner Streik aus. Seit einiger Zeit schwachen Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages. Die Unternehmer lehnten jede Verbesserung rundweg ab und wollten höchstens eine Verlängerung des Vertrages um zwei Jahre zugestehen. Schließlich beschloßen die Kutscher, die Kündigung des Vertrages zurückzuziehen, wodurch er stillschweigend um ein Jahr weiter gelassen wäre. Darauf erklärten die Unternehmer aber, daß dieser Beschluß „zu spät“ käme. Zwar wollten sie in Zukunft nach dem bisher geltenden Tarif zahlen, sich aber nicht vertraglich binden. Zugleich wurden die Anstalten getrocknet, die Roll- und Expeditionskutscher mit der im Hamburger Hafen eingeführten Arbeitsvermittlung, dem Kartenystem, zu beglücken. Das löste unter den Kutschern tiefe Erbitterung aus. Der Verbandsleitung gelang es noch einmal, am 30. April ein Ultimatum durchzusetzen. Als aber auch darauf eine ablehnende Antwort einging, beschloßen die Kutscher mit überwältigender Mehrheit den Streik. Die Unternehmer, die vom Arbeitgeberverband zu ihrer merkwürdigen Politik verleitet worden sind, hatte die einmütige Arbeitseinstellung vollkommen überrascht. Die fortgesetzte Klage über die schlechte Konjunktur haben die

Unternehmer offenbar glauben gemacht, daß die günstige Zeitpunkt für einen entscheidenden Schlag gegen die Organisation gekommen sei. Bis Montag mittag hatten 21 Unternehmer der Bedingung zugestimmt, daß der alte Vertrag ein Jahr weiter läuft. Am nochmals die Hand zum Frieden zu bieten, haben die Streikenden beschlossen, eventuell auch mit dem Arbeitgeberverband über die Arbeitsbedingungen im zweiten Vertragsjahre zu verhandeln. Diesen Verhandlungen sollen dann die ursprünglichen Forderungen der Kutscher zugrunde gelegt werden. Gegenwärtig kommen etwa 800 Arbeiter in Frage.

**Altenburg.** Feuer. In der Nacht zum Montag brannten zwei an der Großen Straße belegene Wohngebäude des Agenten Scharbau nieder. Die Bewohner konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten.

**Kiel.** Fliegerabsturz. Der Flieger Bruno Lange, der mit einem Passagier auf einem Doppeldecker aufgestiegen war, stürzte nach kurzem Fluge auf dem hiesigen Sportplatz ab. Der Apparat ist zertrümmert. Die beiden Flieger haben keinen Schaden genommen.

**Wittenburg.** Zu dem Brandunglück in Wellaahn wird noch berichtet, daß im Laufe des Sonnabends die Leiche des jüngsten Lehrlings (ein kleiner, zusammengebrochener Klumpen) unter den Trümmern des Nieslingschen Hauses gefunden wurde, während die des ältesten Lehrlings, der Oskari n. Js. seine Lehrzeit beendet hätte, noch nicht gefunden ist. Beide stammen aus dem Hamburger Waisenhaus. Die verlorne Leiche der 16 Jahre alten Klara Brandt aus Wellaahn bei Wellaahn lag unten im Keller. Das Mädchen mußte, da das Gebäude innen vollständig brannte und ihr keine Hilfe mehr gebracht werden konnte, bei lebendigem Leibe verbrennen. Es hatte sich einige Male am Fenster gezeigt, ist aber wohl infolge des Qualmes ohnmächtig umgefallen und dann verbrannt. Die Leiche ist dann, als das Gebäude in sich zusammenbrach, in den Keller gefallen. Der Geselle, welcher auch schwere Brandwunden erlitt, und der Neuch hat sich an der Dachrinne des Hauses heruntergelassen, ebenso die Tochter, die ebenfalls im oberen Stockwerk schlief. Bäckermeister Niesling selbst hatte sich im hiesigen Gasthof auf einer Verjammung befunden. Das Feuer, welches allerdings schon sehr weit vorgeschritten war, hatte ein gerade bei der hiesigen Bäckerei vorbeigekommener Knecht bemerkt. Dieser hatte die im unteren Stockwerk schlafende Frau K. geweckt und dann Feuerlarm im Dorf geschlagen. Es wurden dann alle oben schlafenden Personen geweckt, aber das Feuer griff so schnell um sich, daß das bereits gemeldete Unglück nicht mehr abzuwenden war. Auch die nebenan befindliche Scheune des Erbpächters Brodmüller und das Wohnhaus des Wägners Bruhn wurden ergriffen und ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte noch mit knapper Not gerettet werden.

**Verden.** Großfeuer. In dem zwischen Eyte und Verden gelegenen Dorfe Eminghausen brach ein Feuer aus, das spielende Kinder verursacht hatten. Der starke Wind trug das Feuer rasch weiter, und bald standen drei Bauernhöfe und zwei kleinere Fabrikgebäude in Brand, die alle dem Feuer zum Opfer fielen. Mobiliar und landwirtschaftliche Maschinen konnten nur wenig aus den mit Stroh gedeckten Häusern gerettet werden. Einige Schweine und mehrere Ferkel kamen in den Flammen um.

**Schwerin.** Ein Stück Diensthöflichkeit vom Lande entrollte sich in seiner ganzen Gräßlichkeit vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Wirtschaftlerin Auguste B. von hier, geboren am 10. Juli 1859, bisher noch nicht bestraft, war in den beiden letzten Jahren als Wirtschaftsmamsell bei dem Gutsbesitzer R. auf Wollentow. Dort diente schon seit etwa zehn Jahren ein schon älteres Küchenmädchen, Marianna Wittowska, die sich in der ganzen Zeit immer fleißig und treu geführt hatte. In den letzten Jahren hatte sich aber ein Fußleiden bei ihr eingestellt, wodurch sie stark in ihrer Beweglichkeit behindert wurde. Während sie früher das Küchengerät immer tadellos und blitzblank gehalten und gepuzt hatte, konnte sie in den letzten Jahren nicht sonderlich mehr damit fertig werden und mußte viele Zeit dazu gebrauchen, da sie das lange Stehen nicht aushalten konnte. Die „Herrlichkeit“ sah darüber hinweg, zahlte ihr aber nicht mehr den vollen Lohn. Die Wirtschaftlerin konnte sich dagegen nicht mit dem verlangten Arbeiten des alten kranken Mädchens befassen und behandelte die Marianna deshalb in der unangenehmsten Weise. Sie schalt den ganzen Tag mit ihr herum, beschimpfte sie mit den ordinärsten Ausdrücken und schlug sie mit Brennholzstücken über Kopf, Arm und Rücken. Sehr häufig stieß oder schlug sie sie zu Boden und ließ sie mit ihren Holzpantoffeln gegen den Unterleib. Nach den Aussagen der Zeugen entzog sie ihr sehr häufig das Essen oder gab ihr schlechte Sachen, die sie vor Ekel nicht genießen konnte. Wenn sie sie ungepflegt hatte, tauchte sie ihr Gesicht auf dem Fußboden, so daß die hilf- und wehrlose Person fast andauernd blutrümpfige Stellen am Kopfe und blaue Stellen am ganzen Körper hatte. Da die Kranke in ihrer Schwäche zuweilen stolperte und sich stieß, entschuldigte sich die Angeklagte stets damit, daß das Mädchen sich die blauen Stellen selbst zugezogen habe. Die Angeklagte wird aber durch die Zeugen noch schärferer Vergehen beschuldigt. So wird behauptet, daß sie die Marianna zweimal gezwungen habe, den flüssigen und festen Inhalt ihres Nachgeschirrs als Speise zu sich zu nehmen. Um sich nun dieser Schandthat zu entziehen, ist die Kranke einige Male fortgegangen, aber jedesmal vom Bahnhofs Willkür wieder zurückgeführt. Dann wurde ihr das Geld abgenommen, um weitere Fluchtversuche zu verhindern. Am 6. März d. Js. wurde die Kranke durch den Tod erlöst. Anzunehmen ist, daß sie bei besserer Behandlung noch länger leben könnte. Das Urteil lautete aus § 223 a des Strafgesetzbuches auf eine Gefängnisstrafe von nur zehn Monaten.

**Stade.** Ärzte-Terrorismus. Zu einem scharfen Konflikt zwischen der Ortskrankenasse und den Ärzten ist es hier gekommen. Schon dreimal hat sich die Kommission der Ärzte mit dem Angebot der Krankenkasse von 3 Mark Honorar für jedes Mitglied der Kasse und später von 4 Mark einverstanden erklärt. Aber die Organisation schloß diese Beiträge nicht ab. Auch eine Vermittlungssitzung, die unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Grashoff stattgefunden hatte, endete mit voller Einigkeit der beiden Parteien, während hin- und her die Ärzte-Organisation des Bezirks Stade den von der Kommission gutgeheißenen Vertrag nicht bestätigte. Der Regierungspräsident lehnte darauf eine weitere Vermittlungstätigkeit ab. Dafür übernahm Bürgermeister Jürgens die Leitung einer neuen Vermittlungssitzung. In diesem Stadium der Verhandlungen traten die Ärzte mit einem gedruckten Vertrag auf, der Bezahlung des Einzelkrankenfalls forderte und für die Ortskrankenasse unannehmbar war. Die Ärzte erklärten, falls dieser Vertrag nicht unterschrieben würde, den Kampf aufzunehmen. Bis 15. Mai soll die Entscheidung fallen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinden“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Persil

Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche!

Henkel's Bleich - Soda

1064

Für die zahlreichen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit danken herzlich. (3648)

F. Gerling und Frau,  
geb. Wellner.

Deutscher  
Transportarbeiterverband  
Ortsverwaltung Lübeck.

## Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lastarbeiter

## Wilhelm Helms

im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 7. Mai 1914, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Kapelle auf dem Friedhof in Stokelsdorf statt. Versammlung des Gesanges um 1 Uhr im Lokale des Herrn L. Paetau in Fackenburg. Um rege Beteiligung ersucht.

Der Vorstand. (3640)

Für die vielen Kranzspenden und den Beweisen herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sowie Herrn Pastor Sülden für die trostreichen Worte sage ich meinen innigsten Dank. (3639)

Willy Edler und Familie.

Gehucht zu sofort ein  
Friseurlehrling

geg. Berechtigung. (3655)  
Pusback, Südburgstr. 118.

Mehrere kleine Modellschiffe in Flaschen zu kaufen gesucht. (3649)  
Untertrave 14.

Sofa, 4 Stühle u. Vertiko, alles gut erhalten, billig zu verkaufen. (3650)  
Sedanstraße 6 a, 1. Etg.

Neues Sofa, pass. für Brautleute, bill. zu verk. (3651)  
Lg. Lohberg 53, part.  
Ziehband billig zu verkaufen. (3654)  
Reiferstraße 50 a.

## Rassekaninchen

sowie Meerschweine zu verkaufen. (3653)  
Weberstraße 19, 1. Etg.

Klappwagen zu kauf. gef. (3644)  
Kleine Kiebau 20.

Verloren am Sonntag eine goldene Brosche. Gegen Belohnung abzugeben. (3645)  
Geversstraße 54, 1.

Als Schuhmacher empfiehlt sich  
H. Tzschüter, (3652)  
Moislinaer Allee 49 b, 1. Etg.

## Goethes Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



## Meggendorfer-Blätter

München 22 Zeitchrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Versuchen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

## Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47 befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu bestaunen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

# Schulschreibhefte

mit den neuen Sincaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

# Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

47

## Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

In unserem Verlage ist erschienen:

# Hinrich Paternostermater

Ein dunkles Blatt aus der Lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwarz. Preis 60 Pfg., geb. 1 Mk.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

## Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

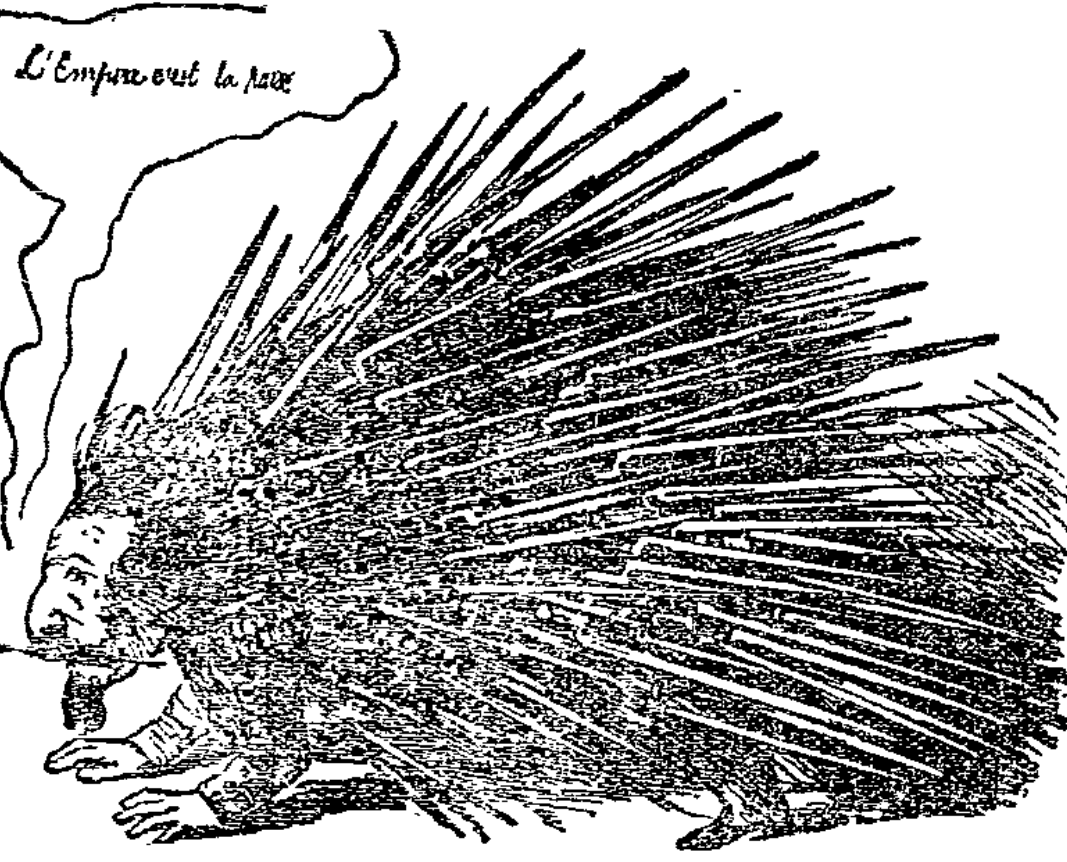
Hochfeine Meiereibutter, a Pfund 1.20 Mk.  
empfehlen A. Sievers, Hofengarten 16. (3646)



## Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (281)



# Die Welt in Waffen

Kriege und Kriegsgeschichten der Neuzeit von Hugo Schulz

Mit den besten zeitgenössischen Bildern  
60 Hefte à 20 Pf. Jedes Heft ist reich illustriert

Der Verfasser behandelt in seinem Werk die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts von dem Beginn des polnischen Aufstandes und seiner heldenmütigen Volkskämpfe, die die Polen aus der tobbringenden Umarmung des russischen Knutentums befreien sollten, bis zu den jüngsten Ereignissen im Balkan, bei denen zum Entsetzen aller Menschenfreunde die Kriegsfurie in all ihrer Scheußlichkeit: Frauenschändung, Ermordung von Greisen und Kindern, seine Wieder- auferstehung feierte. Das Werk sollte von jedem nach Aufklärung strebenden Arbeiter gelesen werden. Zu beziehen durch:

F. Meyer u. Co., Lübeck,



Zu kulantem Zahlungs- Bedingungen.

## Fahrräder

von 55.00 Mk. an (3419)

empfehlen  
Heinr. Körner, Große Burgstr.

## Beerdigungsinstitut Gebr. Mütter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

20 Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

## Holsten-Meierei

Fernspr. 2336 Wiedebstr. 41  
empfehlen alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126)

1274) Kaufe jeden Posten ausgekämmtes Haar.  
Herm. Klempau  
Ludwigstr. 38 u. Untertrave 20, II.

## Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

## Versammlung

am Mittwoch, dem 6. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand. (3642)

## Achtung!

Rohlenplagarbeiter und Rohlenfuhrer!

## Versammlung

am Mittwoch, dem 6. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand. (3641)

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist ein dringendes Erfordernis.

D. D.

TOURISTEN VEREIN  
LÜBECK

Vorstands- Sitzung

nicht Mittwoch, sondern

Donnerstag, den 7. Mai,

abends 8 1/2 Uhr (3647)

im „Gewerkschaftshaus“

## Neues Stadttheater

Dienstag, den 5. Mai 1914:

Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Die fünf Frankfurter.

Lustspiel in 3 Akten v. C. Köhler.

Mittelpreise.

Mittwoch, den 6. Mai 1914:

Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Abchiedsvorstellung für

Herrn Kapellmeister Pfeiffer:

## Fidelio.

Oper von Ludwig van Beethoven. Große Preise. (3643)

Donnerstag, den 7. Mai 1914:

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Zum letzten Male:

## Falstaff.

Oper von G. Verdi. Große Preise.

## Oesterreichische Behörden im Dienste des Zarismus.

Eine russisch-österreichische Polizeischurkerei in Prag.

Erst vor wenigen Wochen machten die russischen Polizeispikeln im Auslande wieder von sich reden, indem sie den russischen Emigranten Bessel-Winogradow unter Vorpiegelung eines Postens als Ingenieur auf einer Fabrik nach Serbien lockten, dort gefangen nehmen ließen und auf einem russischen Schiff nach Odessa transportierten, wo der vollkommen unschuldige Genosse der Vorbereitung zu einem Anschläge gegen den Zaren angeklagt wird. Der Erfolg dieses Schurkenreiches, der übrigens unter der Leitung der Pariser russischen Botschaft und unter Mitwirkung französischer Polizeispikeln organisiert wurde, hat die russische Regierung ermutigt, das Feld ihrer Tätigkeit nach Oesterreich zu verlegen, das sonst nur als Objekt einer intensiven russophilen Propaganda und einer überaus starken Militärspionage der russischen Agenten betrachtet wird. Am 15. April wurde auf Veranlassung der russischen Regierung der in Prag lebende russische Schriftsteller Kirill K o c h a n n y unter der Anklage verhaftet, daß er am 22. September 1912 einen Attentatsversuch gegen einen Polizeikommissar im Gouvernement Bessarabien verübt habe.

Diese Anschuldigung wird schon dadurch widerlegt, daß Kochanny, wie die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten in ihrer Eingabe an den Minister nachweisen, am 22. September als Korrespondent eines Odessaer Blattes an dem in Prag stattfindenden Radiologentongreß teilnahm. Trotz dieses unanfechtbaren Alibis wird Kochanny in Prag gefangen gehalten, und zwischen der russischen und der österreichischen Regierung findet wegen der administrativen Auslieferung Kochannys an Rußland ein lebhafter diplomatischer Schriftwechsel statt. Die russische Regierung hat ihren Beamten S l a w i n s k y mit der besonderen Mission nach Prag entsandt, die Auslieferung Kochannys durchzuführen, und die dortigen Behörden waren so entgegenkommend, alle bei dem Verhafteten gefundenen Schriftstücke dem Abgesandten der russischen Regierung auszuhandeln und ihn quasi mit der Leitung der ganzen Angelegenheit zu betrauen. In welche Hände jetzt das Geschick des verhafteten russischen Schriftstellers gelegt worden ist, geht schon daraus hervor, daß Slawinsky, um das Alibi des Verhafteten zu entkräften, erklärt, er habe selber bei seiner Bespizelung teilgenommen und sogar aus einem Revolver auf ihn geschossen. Ein russischer Polizeispikel wagt es also, öffentlich als Partei gegen einen politischen Flüchtling aufzutreten, und der Respekt der Prager Behörden gegen ihn ist so groß, daß sie seine Anweisungen wortlos befolgen, anstatt den Polizeispikel, dem wie allen seinen Zunftkollegen in Anbetracht des notorischen Zusammenhanges zwischen den russischen politischen und militärischen Spikeln der Luftschiffahrt in Oesterreich verboten ist, aus Prag auszuweisen.

Wie uns aus Prag mitgeteilt wird, wird die Verhaftung Kochannys von den dort lebenden Russen als Beginn eines planmäßigen Feldzuges gegen alle angesehen, die im „freien“ Oesterreich eine Zufluchtstätte vor den Verfolgungen der russischen politischen Polizei zu finden hofften. Weshalb Kochanny als erstes Opfer auszuwählen wurde, erklärt sich dadurch, daß er, der vor einiger Zeit aus der sibirischen Verbannung entflohen ist, eine Broschüre in tschechischer Sprache veröffentlichte, in

der die Greuel in den russischen Gefängnissen und Verbannungsorten auf Grund seiner eigenen Beobachtungen in ihrem wahren Lichte geschildert werden. Als einer der Prager Vertreter des „Kraufauer Hilfsverbandes für die politischen Gefangenen Rußlands“ wirkte er energisch für die moralische und materielle Unterstützung seiner früheren Leidensgenossen, und eben diese Tätigkeit war es, die ihm den Haß des russischen Konsulats und der russischen Regierung zuzog. Auch die von den übelsten Slavophilentendenzen erfüllten tschechischen Behörden übten schneidenden Auges auf die Tätigkeit des russischen Schriftstellers, dessen von den edelsten humanitären Grundzügen geleitete Propaganda gegen die zarische Gefängnischmach sie als Beleidigung „Mütterchen Rußlands“ betrachteten. So erklärt es sich, daß diese Behörden, auf Grund der lügnereischen Aussagen eines russischen Polizeispikels, der russischen Galgenjustiz wieder ein neues Opfer zuführen wollen. So erklärt es sich, daß sie die bei Kochanny beschlagnahmten Schriftstücke — dem Beauftragten der russischen Regierung „zur Prüfung“ ausgehändigt und dadurch namenloses Unglück über zahlreiche politische Verbannte heraufbeschworen haben.

Das unerhörte skandalöse Benehmen der Prager Behörden hat in allen Kreisen, die nicht vor dem russischen Kosakenstiefel auf dem Bauch liegen, eine heftige Empörung hervorgerufen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse W i n t e r hat bereits den Justizminister in dieser Angelegenheit interpelliert, und der Genosse N e m e c hat in den „Delegationen“ eine Anfrage über das schmachliche Verhalten der Behörden eingebracht. Auch außerhalb Oesterreichs muß die liebevollere Haltung der österreichischen Regierung gegenüber den zaristischen Henkerwütenden die schärfste Verurteilung wachrufen. Der russische Zarismus hat zur Genüge gezeigt, daß der geringste Erfolg auf dem Gebiete der Auslieferungspraxis die zahllosen Polizeischurken zu immer frecheren Provokationen und Attentaten auf das Wohlrecht der Kulturstaaten ermutigen. Wenn schon die Kulturwelt machtlos ist, den unerhörten Greueln im Zarenreiche Einhalt zu gebieten, so muß sie umso strenger darauf achten, daß das Gift der russischen Galgenjustiz und Polizeikorruption nicht auch über die russischen Grenzen hinweg dringt. Die Kulturwelt muß es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, diejenigen zu schützen, die vor der Schreckensherrschaft des Zarismus im Auslande Zuflucht genommen haben.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 4. Mai 1914.

248. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Vom Bundesratsstische: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs zur Änderung der Paragraphen 74 bis 76 des Handelsgesetzbuches (Wettbewerbsverbot).

H o c h (S.D.): Schon der Regierungsentwurf hatte die Handlungsgehilfen enttäuscht, sie hatten erwartet, daß mindestens die Forderung, die alle Parteien der Handlungsgehilfen stellen, die völlige Beseitigung des Wettbewerbsverbot, erfüllt werde. Leider ist das nicht geschehen. Bei der Erörterung der Gründe, die der Staatssekretär dafür vorgebracht hat, ist in der Kommission festgestellt worden, daß irgend ein sachlicher Grund für die Beibehaltung des Wettbewerbsverbot nicht vorhanden ist, wenn man sich auf den Boden des gleichen Rechts stellt. Der Staatssekretär hat den Fall angeführt, ein Reisender lerne die Kundschaft des Geschäftes kennen und nehme dann eine andere Stellung an,

worin er diese erworbene Kenntnis zuungunsten des früheren Geschäftes verwertet. Gerade dieser Fall zeigt, wie unrichtig es ist, hier mit einem Wettbewerbsverbot einzugreifen. Der Reisende erwirbt doch kraft seiner Tätigkeit die Kunden für das Geschäft, er muß die Fähigkeit haben, zu erkennen, was sie brauchen, durch seine Tätigkeit wird ein ganz neuer Kundenkreis für das Geschäft erst erworben. Sowohl das Geschäft wie der Angestellte sind an diesem Erwerb beteiligt und haben Vorteile davon; wenn der Angestellte nun die Stellung wechselt, soll das Geschäft den Vorteil, den es seiner Tätigkeit verdankt, behalten, er aber soll die von ihm erworbene Kundschaft nicht mehr brauchen dürfen. Das ist eine durch und durch ungerechte Maßregel. Sie wollen den Angestellten zwingen, aus dem Kundenkreis, den er kennt, herauszugehen, und wieder einen neuen Kundenkreis zu suchen, wo er mit einem ungenügenden Anfangsgehalt zufrieden sein muß. Eine solche Ungerechtigkeit ist unvereinbar mit der Gleichheit vor dem Gesetz, und früher hat das die bürgerliche Rechtssprechung auch anerkannt. So hat im Jahre 1827 das Obergericht in München ein derartiges Wettbewerbsverbot für unbedingt ungültig erklärt. Seit 1827 haben wir ja aber eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Der Staatssekretär Delbrück hat es für nötig gehalten, den bürgerlichen Parteien gestern eine Strafpredigt zu halten, als ob man nirgends so wenig Verständnis für die Entwicklung Deutschlands hätte, als im Deutschen Reichstage. Wenn diese Strafpredigt wirklich so gelaunt hat — und ich für meine Person glaube es —, dann kann sie ja nur an die bürgerlichen Parteien gerichtet gewesen sein; wir Sozialdemokraten haben stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse im Laufe der letzten Jahrzehnte sich ganz gewaltig entwickelt haben, daß das Großkapital sich zu einer Allmacht im Wirtschaftsleben herausgebildet hat. Wir erkennen das an, aber gerade darum verlangen wir, daß dieser Allmacht im Interesse des Volkes entgegengetreten wird. Auch in der Frage des Wettbewerbsverbot ist die Machtstellung der Großunternehmer gegenüber den Handlungsgehilfen immer gewaltiger geworden, und deshalb müssen wir nicht zum Schaden, sondern zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingreifen. Trotzdem in der Kommission gerade in dem angeführten Falle festgestellt wurde, daß das Wettbewerbsverbot unrichtig ist, wurde unser Antrag auf völlige Aufhebung des Verbot, den wir heute wiederholen, abgelehnt. Man meinte, es können doch einmal berechtigte Fälle vorkommen. Aber es ist weder der Regierung noch den bürgerlichen Parteien gelungen, ein Mittel anzugeben, um solche angeblich berechtigten Fälle von den anderen zu trennen. Zunächst versuchte man dadurch auf die Unternehmer einen Druck auszuüben, daß sie bei Eingehung des Wettbewerbsverbot dem Angestellten eine Entschädigung zahlen müßten. Aber dieser Druck wird umso geringer sein, je elender die Bezahlung des Angestellten ist. Außerdem kommt die Unrechnung hinzu für den Fall, daß der Angestellte einen neuen Erwerb hat. Man ist deshalb auf die Gehaltsgrenze von 1800 Mk. gekommen, unter der das Verbot ausgeschlossen sein soll. Eine solche Begrenzung ist so elend, daß der Angestellte eine Familie dabei nicht ernähren kann, und heute hören wir, daß die Grenze weiter auf 1500 Mk. heruntergesetzt werden soll. Mit rührenden Worten schilderte Herr Waldstein in der Kommission, wie etwa eine arme Witwe ohne das Wettbewerbsverbot ihre Existenz gar nicht halten könne. Nun, eine solche kleine Geschäftsrau hat sicher keine großen Geschäftsgeheimnisse zu bewahren. Uebrigens können solche kleinen Geschäftsleute gar nicht die Verpflichtung der Entschädigung eingehen; diese Bestimmung zeigt, daß das ganze Gesetz nur auf den Großkapitalisten zugeschnitten ist. Auch vom Standpunkt der bürgerlichen Rechtsordnung müßte eine solche unverantwortliche Ungerechtigkeit, eine solche unerantwortliche Vergewaltigung beseitigt werden, und da haben Sie es jetzt bekommen, noch eine Verschlechterung hinzuzufügen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn jetzt ein Angestellter gegen die Konkurrenzklausele verstößt und für diesen Fall eine Vertragsstrafe eingegangen ist, etwa von 100 oder 200 Mark, so hat der Prinzipal lediglich das Recht, diese Vertragsstrafe einzuklagen. Nach dem neuen Gesetz aber soll er

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Fürst ergriff sie bei beiden Händen, drückte sie in einen Sessel und nahm dann neben ihr Platz, indem er mehrmals wiederholte:

„Wie sehr Du mich aber erschreckt hast, Mädchen!“

„Doch weshalb denn, Durchlaucht?“

„Ich glaubte schon, Du hättest Dir das Leben genommen.“

„Aber warum sollte ich mir denn das Leben nehmen, Durchlaucht?“ fragte Eugenie mit leiser Stimme.

„Weil ich Berejopole kaufen will, und Du Dich vielleicht fürchtest, meine Leibeigene zu werden?“

„Da irren Sie sich sehr,“ verzehrte das junge Mädchen mit schelmischem Lächeln. „Weshalb sollte ich mich denn ertränken?“

„In Berejopole freuen sich ja alle, daß Sie als Herr hier einzuziehen werden, und ich... ich ebenfalls...“ Jetzt haben wir ja eigentlich gar keine Freude und Abwechslung mehr hier; denn unsere Gebieterin ist jetzt gewissermaßen auch eine Bäuerin geworden, weißt augenblicklich Gott weiß wo und wird wahrscheinlich niemals zurückkehren. Aber Sie werden immer hier wohnen. Alle wissen, daß wir in Ihnen einen guten Herrn bekommen. Wir werden jetzt sämtlich Ihre Leibeigene sein, und ich auch...“

„Nein, nein, Du sollst keine Leibeigene mehr sein; denn ich werde Dich beim Kaufe frei lassen.“

„Dein Bedarf es nicht. Was sollte ich denn mit der Freiheit beginnen? Wohin soll ich gehen? Etwa mir Almosen erbetteln oder bei einer Dame in Dienst treten, die mich schlagen wird? Hier habe ich mein Sattessen und bin ganz zufrieden.“

„Nun, dann kannst Du ja auch hier bleiben, aber als Freie!“

„Wozu denn das?“

„Damit Du nicht einen Augenblick glauben sollst, daß Du von mir abhängst! Jetzt kannst Du mich nicht leiden, allein wenn Du frei sein wirst, wirst Du vielleicht anders denken.“

„Hören Sie doch auf, Elias Petrowitsch! Wenn hier alle Sie lieben, dann werde ich es noch mehr tun, ja, ich werde Ihre gehorsamste Dienerin sein.“

Der Fürst richtete sich auf und blickte dem jungen Mädchen forschend ins Gesicht.

„Du sollst aber nicht so sprechen!“ rief er. „Ich habe Dir doch schon so oft gesagt, daß ich Deinen Gehorsam nicht brauche. Jetzt will ich mit Dir nicht mehr reden, beim Kaufe von Berejopole wirst Du frei gelassen werden, und dann gehe ich in die weite Welt hinaus, damit ich Dich niemals im Leben wiedersehe...“

„Ich will Dich nicht mehr sehen, verstehe mich recht, nicht aus Rache, sondern...“

„Nun, ich hoffe, es wird mir dann leichter ums Herz sein...“

„Es wäre geradezu eine Sünde, wenn Sie mich frei ließen, Durchlaucht. Wohin soll ich denn gehen?“

„Wohin Du willst! Ich werde Dir Geld geben, und Du kannst irgend jemand in der Stadt heiraten, allein hierher zurückkehren darfst Du nicht; denn ich will Dich alsdann nicht mehr sehen. Du bist nicht dumm, und deshalb wirst Du begreifen, daß es mir höchst unangenehm sein müßte, wenn Du Dich wieder sehen würdest... doch wenn... wenn Du Dich verheiraten solltest, dann würde mir... noch viel elender zumute sein.“

Elias Petrowitsch ergriff abermals beide Hände des jungen Mädchens und drückte sie fest und innig, dann erhob er sich und schaute zum Fenster hinaus.

Eugenie blickte ihn von der Seite an und betrachtete aufmerksam seine dicke Gestalt, welche dem Tageslichte den Eingang ins Zimmer wehrte. Sie vermochte es sich nicht zu erklären, weshalb er von ihr fortgegangen und ans Fenster getreten war, und was er dort trieb. Der Fürst hatte sich so vorgebeugt, als befähe er sich sehr genau irgend einen Gegenstand im Garten, doch seine Schultern zuckten seltsam.

Blötzlich sprang Eugenie bestürzt auf, es schien ihr, als weinte dieser alte Mann, wie ein kleines Kind, und zum ersten Male in ihrem Leben regte sich in ihrem Herzen ein warmes, inniges Mitgefühl. Mit leisen Schritten näherte sie sich ihm, um sich zu überzeugen — es war wirklich so, der Fürst Berejopolski schluchzte. Sanft legte sie ihre Hand auf seine Schulter, und während sie ihm ins Gesicht blickte, sagte sie in mildem Tone:

„Was haben Sie, Durchlaucht?“

Der Fürst zuckte zusammen und wandte sich um.

„Was fehlt Ihnen?“ fragte sie nochmals verlegen, da sie nicht wußte, was sie sagen sollte. „Was brauchen Sie zu weinen?“

„Ich dachte...“

„Was dachtest Du?“ rief der Fürst. „Du dachtest, es wäre Scherz oder eine Laune eines reichen Herrn, nicht wahr?“

„Ich weiß selbst nicht, was ich für Dich empfinde, aber so viel weiß ich, daß Dein untertänigster Diener in ganz Berejopole — Fürst Elias Berejopolski sein wird. Was Du nur wünschen sollst, soll geschehen. Verfüge selbst über mein Leben! Nie...“

In diesem Augenblicke vernahm man im Nebenzimmer die Stimme des Verwalters. Berwirt sprang das junge Mädchen einige Schritte zurück und sagte mit übermüdigem Lachen:

„Gehen Sie, und waschen Sie sich... Man wird es sehen... Aber es wäre nicht schön.“

Elias Petrowitsch lachte wieder ganz glücklich und vertiefte das Zimmer in entgegengesetzter Richtung.

VIII.

Milowanos lebten in Rom, wie alle Künstler in der ewigen Stadt und überhaupt in der ganzen Welt. Um acht Uhr morgens erhoben sie sich, um zehn Uhr begab sich Jegor zu seinem Professor, und Pauline ging an zu lesen oder zu sitzen. Gegen Mittag besuchte sie ihren Gatten im Atelier, um sich seine Arbeit anzuschauen. Um vier Uhr dinierten sie, und gleich nach Tisch machten sie zu Pferde oder zu Wagen weite Ausflüge; wenn sie fuhrten, luden sie stets einen ihnen eng befreundeten Künstler ein. Abends waren immer Gäste bei ihnen. Anfangs verließ die Zeit ganz angenehm unter gleichgültigem Geplauder; als jedoch die Abende länger wurden, kam es wohl vor, daß die Gäste sich langweilten. Um das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, machte Pauline den Vorschlag, abends ein wenig zu zeichnen. Dieser Vorschlag wurde mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen; es sollten durchaus nicht ernste, wirkliche Unterrichtsstunden sein, sondern wer fleißig war, konnte arbeiten, während es den übrigen freistand, nach Belieben zu plaudern.

Bald wurden Pulte, Tische, Bänke und Stühle in den Saal gebracht und auf erhöhten Stellen Gipsfiguren aller Art aufgestellt. Manchmal holte man sich auch ein lebendiges Modell, eine schöne Italienerin, einen Bettler, einen ausgegangenen Bagabunden, und einmal unter Anwendung von List sogar einen Kapuziner.

An diesen Abendunterhaltungen pflegte auch Pauline regelmäßig teilzunehmen; war es Liebe zur Kunst, oder war es Neigung zu derartigen Extravaganzen, genug, sie widmete sich mit Leib und Seele der Arbeit und machte tüchtige Fortschritte. Milowanow, der ein großer Künstler war, wenn es sich um Arbeiten in Ton handelte, zeichnete schlecht; voll Heifer Betrübnis gestand er selbst, daß er alles mit dem Herzen rühle, daß ihm jedoch die Hand den Dienst verjage. Aber trotzdem machte auch er große Fortschritte, obwohl er es selbst nicht einsehen wollte, sondern beständig klagte, er werde das Zeichnen niemals erlernen. Seine Freunde und Kollegen beruhigten ihn mit dem Hinweis, daß für ihn das Zeichnen keineswegs durchaus notwendig sei, man er bleib was er will.

auch verlangen können, daß der Angestellte aus seiner neuen Stellung austritt, und es sollen dabei gegen den Angestellten fortgesetzte Geldstrafen und Haftstrafen von 6 Monaten bis zum Gesamtbetrag von 2 Jahren zulässig sein. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Gegenwärtig ist nach der Zivilprozessordnung eine Haftstrafe im Falle der Beurteilung zur Leistung von Dienften aus einem Dienstvertrage nicht zulässig, weil sie als unerträglich mit unserem Empfinden von Menschenrecht und Menschenwürde erachtet wird. In Zukunft wollen Sie einem Mann, der eine Vertragsstrafe von 100 Mk. oder 200 Mk. eingegangen ist, weil er diese für erlösendig hält, durch das Gefängnis zwingen, seinen Brotverdiener aufzugeben und seine Familie dem größten Elend zu überlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär sagt, ohne die Erfüllung würde gegen Treu und Glauben gehandelt. Gerade das Umgekehrte ist der Fall, die Haftstrafe als Erfüllungsmittel erzieht die Unternehmer dazu, hinterhältig und niederrichtig zu handeln. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dieses unerhörte unverantwortliche Vorgehen kann gar nicht scharf genug verurteilt werden. Wenn Sie erklären, es geht gar nicht anders bei dem Wettbewerbverbot, so ist das eben nur ein Beweis, daß jedes Wettbewerbverbot beseitigt werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Präsident Kämpf erklärt es für unzulässig, von unverantwortlicher Vergewaltigung durch Gesetzesbestimmung zu sprechen.

Hoch (ED, fortsetzend): Wir erweisen den Handlungsgehilfen einen schlechten Dienst, wenn wir ein solches Gesetz annehmen. Lehnen wir es ab, so bleiben die Zustände, wie sie waren, und die haben ja gerade die Regierung und die bürgerlichen Parteien gezwungen, mit einer Milderung zu kommen. Die Handlungsgehilfen sind an alle Parteien herangetreten, und die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ihnen Versprechungen gemacht, nach denen sie meinen müßten, das unbedingte Verbot des Wettbewerbsverbot würde beibehalten werden. In der Presse sagt man, die bürgerlichen Parteien wollen gar nicht eine Verschlechterung, nur die böse Regierung. Aber das ist nicht wahr, Sie selbst sind verantwortlich für diese Bestimmung, Sie sind hierbei nicht über den Stand der Regierung gesprungen, sondern die Regierung ist über Ihren Stand gesprungen, sie ist nur das ausführende Organ der Bestimmungen, die Sie beschlossen haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Erst haben Sie den Handlungsgehilfen als Entgelt für die Erfüllung die Gehaltsgrenze von 3000 Mk. Nachdem Sie die Erfüllung hatten, wurde die Gehaltsgrenze herabgesetzt. Immer wieder haben Sie mit den Handlungsgehilfen zu verhandeln, weil Sie es nicht wagen konnten, ihnen ein solches Gesetz vorzulegen. Die Handlungsgehilfen mühen leider für ihre Erfahrungen mit Ihnen ein höheres Gehalt zu zahlen. Dieselben Parteien, die mit dieser Taktik die Handlungsgehilfen so schwer geschädigt haben, machen jetzt das selbe Spiel in der Sonntagruhe-Kommission (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.), auch da werden die Handlungsgehilfen systematisch getäuscht. Es bewacht sich nicht eben auch für die Handlungsgehilfen und die bürgerlichen Parteien das Wort: Niemand kann zwei Herren dienen. Die Arbeiter haben das längst erkannt, und die Konsequenzen daraus gezogen. Dasselbe werden Sie auch bei den Handlungsgehilfen erleben müssen. Noch prächtiger ist die Handlungsgehilfen mit aller Gewalt gegen den Ausschluß an die Sozialdemokratie, aber die Erbitterung unter ihnen wird immer größer. Die Arbeiter haben durch ihren Anschluß an die Sozialdemokratie Fortschritte auf sozial-politischem Gebiete erreicht, auch die Handlungsgehilfen werden zu der Erkenntnis kommen: der einzige Ausweg bleibt der Anschluß an die Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall bei den Soz.) — Widerspruch und Jurme bei den bürgerl. Parteien.) Das klingt Ihnen unangenehm in die Ohren, aber wenn die Handlungsgehilfen sich in immer größeren Scharen der Sozialdemokratie anschließen werden, so wird Ihnen das Lachen vergehen. Traurig ist nur, daß diese Entwicklung mit sozial Elend der Angestellten verbunden ist, aber damit tragen Sie die Verantwortung. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Trimborn (3.): Der Versuch des Redner, die Handlungsgehilfen ins sozialdemokratische Lager zu ziehen, ist sehr ungeschickt. Wir wollen einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Handlungsgehilfen und denen der Prinzipale. Von den Interessen der Prinzipale aber hat Herr Hoch nichts gesagt, deren Schicksal ist ihm gleichgültig. In zwei Punkten haben wir dem Unannehmbar der Regierung entgegen, um die Vorlage zustande zu bringen, in der Gehaltsgrenze und in der wahlweisen Zulassung der Erfüllungsklage. Die völlige Beseitigung der Konkurrenzklause ist nicht erreichbar. Auch unsere Bemühungen, die Gehalts-

grenze zu beseitigen, sind leider erfolglos geblieben. Das Existenzminimum muß auf alle Fälle von der Konkurrenzklause freibleiben, dagegen werden wir das Gesetz nicht an der Frage scheitern lassen, ob dieses Minimum 1500 oder 1800 Mark betragen soll. In der Frage der Erfüllungsklage ist der Standpunkt der Regierung logisch, denn wenn man den Gehilfen dafür entschädigen will, daß er nicht zur Konkurrenzfirma geht, so muß man auch die Gegenleistung dafür verlangen. Auf Anregung des Kollegen Waldstein sind wir dann zu der Formulierung gelangt, die der Kompromißantrag enthält. Durch ihn wird auch die Wirksamkeit der Konkurrenzklause bei Kündigung des Gehilfen wesentlich beschränkt gegenüber der Vorlage der Regierung. Es werden also erhebliche Fortschritte mit der Vorlage erreicht, so daß man es nicht verantworten könnte, sie scheitern zu lassen. (Bravo! im Zentrum.)

Dr. Thoma (M.): Den Auswüchsen der Konkurrenzklause wird durch die Vorlage mit Erfolg entgegengetreten. Mit dem Kompromißantrag nehmen wir keineswegs einseitig Unternehmerinteressen wahr, die Unternehmer würden am liebsten die ganze Vorlage scheitern sehen. (Sehr wahr! bei den Natl.) Nur bei schuldbringenden berechtigten Interessen des Prinzipals wird die Konkurrenzklause in Zukunft wirksam werden. Die Herabsetzung der Gehaltsgrenze auf 1500 Mark ist deshalb nicht ganz unerschützt, weil wirklich schuldbringende Interessen des Unternehmers bei diesem Gehalt des Gehilfen recht gut schon vorkommen. Bei der Wiedereröffnung der Erfüllungsklage ist die Logik auf Seiten der Regierung. Auf die verbläbte Redensart vom „Anfallen“ gebe ich nichts. Sie (zu den Soz.) fallen ja auch um, indem Sie jetzt eine Gehaltsgrenze von 2000 Mark verlangen. Sie kommen ja aus dem Anfallen gar nicht heraus. (Heiterkeit.) Persönlich hätte ich das Gesetz gern zum Scheitern gebracht, denn eigentlich will es niemand, die Regierung nicht, die Unternehmer nicht, und auch die Gehilfen nicht. Aber dafür konnte ich meine politischen Freunde nicht bekommen, und da nun alle umgefallen sind, falle ich eben auch um. (Heiterkeit und Bravo! bei den Natl.)

Waldstein (Sp.): Ich irre mich, daß der Redner der besseren Einsicht seiner Parteifreunde gefolgt ist. Herr Hoch meint, man kann niemals zwei Herren dienen. Das mag für die Sozialdemokraten stimmen, die nur die Interessen einer Klasse vertreten. (Sehr richtig! bei der Sp.) Herr Hoch meinte auch, der Staatssekretär Delbrück habe erklärt, an uns liege nichts dran. Deshalb will ich hier feststellen, daß ich irgend etwas, was dem Interesse des Reichstages abträglich ist, aus dem Munde des Herrn Delbrück nicht gehört habe. — Wir hatten nicht ein Gesetz gegen die Konkurrenzklause zu machen, sondern gegen ihren Mißbrauch, und in diesem Punkt bietet die Vorlage der Kommission manches Dankenswerte. Daß die Regierung bei der Erfüllungsklage über unseren Stand gesprungen ist, wie Herr Hoch sagt, ist unrichtig. Uebrigens hat diese Frage gar nicht die Bedeutung, die ihr jetzt aus Agitationsrücksichten zugeschrieben wird. (Sehr richtig! bei der Sp.) und die Regierung hat ganz recht, wenn sie der Agitation gegenüber ihren Standpunkt nicht aufgibt, ich wünsche eine starke Regierung, stark im Notfall auch gegen uns. (Lachen und Jurme bei den Soz.) Will man der Kommission den Vorwurf der Einseitigkeit machen, so kann es nur in dem Sinne geschehen, daß die Interessen der Arbeiter sich zu sehr herabgesetzt worden sind. Das ist aber bei einem Arbeitergesetz nur natürlich. (Bravo! bei der Sp.)

Fronme (Konj.): Die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind in Wirklichkeit gar nicht widersprechend, beide sind aufeinander angewiesen. Nur den Auswüchsen der Konkurrenzklause wollen wir entgegenreten, und das geschieht durch die Vorlage in ausreichender Weise. (Bravo! rechts.)

Dombeck (Volk) bleibt auf der Tribüne unverständlich. Mertin (RP.): Da Reichstag und Bundesrat gleichberechtigt sind, können wir Gesetze immer nur auf der mittleren Linie des Entgegenkommens machen, und bei dem vorliegenden Gesetz ist die Regierung den Wünschen der Kommission in sehr weiter Weise entgegengekommen. Die Wirksamkeit des Gesetzes wird eine gute sein. (Bravo! rechts.)

Kumm (W. Vgg.): Um die Vorlage nicht scheitern zu lassen, müssen wir den Kompromißantrag annehmen.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück: Der Staatssekretär ist leider durch seinen Gesundheitszustand verhindert, den Beratungen beizuwohnen. — Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Trimborn will ich nur anführen, daß die Wohlthaten des Gesetzes auch den Angestellten der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit zugute kommen.

Dr. Quard (SD): Die Verbesserungen, die Herr Trimborn anführte, gehen mindestens zur Hälfte auf unsere Anträge in der Kommission zurück. Auch wir haben durchzusehen versucht, was möglich war. Der springende Punkt ist aber, daß die bürgerlichen Parteien sogar eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes zugelassen haben. Das muß die Handlungsgehilfen zu uns herüberziehen. Eine „Alles-oder-nichts-Politik“ kann man uns bei dieser Vorlage wirklich nicht vorwerfen. Lag doch bereits eine vollständige Einigung zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vor, nur wollten sich die bürgerlichen Parteien für die dritte Lesung nicht finden. Den Vorwurf der „Alles-oder-nichts-Politik“ in diesem Falle kann ich nur als Demagogie bezeichnen. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Wir sind mit dem Leipziger Verband der Meinung, daß die Konkurrenzklause ein Hohn auf die Arbeitsfreiheit ist. Ein großer Teil der Prinzipale erklärt schon heute, ohne Konkurrenzklause auskommen zu können. Aufgabe der Gesetzgebung soll es doch gerade sein, praktisch zum Teil bereits erzwungene Fortschritte der Gesamtheit zugänglich zu machen. Positive Dienstleistungen sind schon seit 1900 durch Haftstrafe nicht mehr erzwingbar. Da wäre das notwendige Korrelat, daß auch das Unterlassen einer Dienstleistung nicht mehr erzwungen werden kann. Daß Sie die diesmal besonders starke Position des Reichstags der Regierung gegenüber nicht benutzen haben, machen wir Ihnen zum Vorwurf. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wird vielfach so sein, daß die Machtverhältnisse die Bestimmungen der Vorlage illusorisch machen. Was gilt nicht alles als vertragswidriges Verhalten? Wenn eine Gehilfin, die eine frante Mutter zu Hause hatte, zweimal zu spät kam, ist das schon als vertragswidriges Verhalten angesehen worden. Von der Bezahlung der Entschädigung werden sich die Prinzipale leicht befreien können, denn sie haben das Recht, freiwillig auf die Konkurrenzklause zu verzichten, noch bis zum letzten Augenblick, nachdem solange der Gehilfe unter dem Druck der Konkurrenzklause gestanden hat. Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wollen Sie nach Herrn Trimborn reformieren. Dabei wissen Sie doch, wie schwer solche nachträgliche Verbesserungen durchzuführen sind. Und wie rührend ist das Vertrauen des Herrn Trimborn zu derselben Regierung, die in der Jugendlichenfrage das Reichsvereinsgesetz in einer Weise mißbraucht, daß die Praxis allem Vorn spricht, was der inzwischen Reichskanzler gewordene Minister damals versprochen hat. Auf den Weg des Vertrauens zur Regierung können wir ihm nicht folgen. Durch unseren Antrag auf namentliche Abstimmung geben wir Ihnen Gelegenheit, sich noch zu befinden, und die schärfsten Bestimmungen rückgängig zu machen. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück: Der Vorredner hat behauptet, der Reichskanzler habe ein als Staatssekretär gegebenes Versprechen nicht eingelöst. (Sehr wahr! b. d. Soz.) und dulde polizeiliche Mißbräuche an der Auslegung des Reichsvereinsgesetzes gegenüber den Jugendlichen in Preußen. (Selbstverständlich! b. d. Soz.) Diese Bewürde finden in den Tatsachen keine Begründung, und ich muß gegen sie auf das schärfste protestieren. (Lachen b. d. Soz.)

Dr. Well (Ztr.): Ich kann Herrn Quard, der die Ausführungen des Abg. Hoch abzuschwächen suchte, nur sagen: Zurück. Da reißt den Freund nicht mehr. Herr Hoch stellte es so dar, als ob nur Verschlechterungen in dem Gesetz enthalten wären, Herr Quard hat aber zugegeben, daß die Vorlage wesentliche Verbesserungen enthält, und trotzdem wollen die Sozialdemokraten dagegen stimmen. Der Antrag der Sozialdemokraten in Bezug auf die Freiheitsstrafen gehört überhaupt nicht in eine Novelle zum Handelsgesetzbuch. Nun ist in letzter Stunde noch ein Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung eingegangen. Darauf kann sich das Haus nicht einlassen. Wir werden die Ablehnung dieser in letzter Stunde zu durchsichtigem Zweck eingebrachten Anträge der Sozialdemokraten vor dem Lande zu rechtfertigen wissen. (Bravo! im Zentrum.)

Marquart (M.): Die Anregung der Handlungsgehilfen über die Konkurrenzklause ist berechtigt. Ich bin für ihre Beseitigung, werde aber für die Kompromißanträge stimmen, soweit es irgend möglich ist. Aber für eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, für die Ausdehnung der Erfüllungsklage, kann ich nicht stimmen.

Präsident Kämpf ruft den Abg. Dr. Quard (SD) wegen seiner gegen den Reichskanzler gerichteten Äußerung nachträglich zur Ordnung.

Dr. Cohn (SD): Der Antrag auf Erfüllung darf niemals bis zur Entziehung der bürgerlichen Freiheit gehen. Unter dahingehender Antrag ist deshalb berechtigt. Wird der Kompromißantrag Gesetz, so wird die Praxis der Rechts-

So vergingen zwei Monate, und dann mußte man wolens volens die Arbeit beiseite legen. Seit unendlichen Zeiten pflegten nämlich sämtliche Künstler in Rom im Frühling ein großes Fest zu feiern. Beim Herrannahen dieses Festes hörten alle auf zu arbeiten; es war jetzt gewissermaßen die Erholungszeit nach des Winters Last und Mühen. Da ferner beim Beginn des Sommers die Künstler sämtlich in die Welt hinauszuwandern, so daß auch nicht einer in Rom zurückblieb, so sollte dieses Fest zugleich ein Abschiedsfest sein. Man hatte ein Mastenfest arrangiert; der Zug sollte durch das Trajanstor sich nach einem zwei Stunden entfernten Orte bewegen. Die Bewohner dieses Ortes, welche unter der Herrschaft des Papstes standen und leiten Fröhlichkeit und jugendliche Ausgelassenheit kennen lernten, sahen diesem Feste alljährlich mit Sehnsucht entgegen.

Pauline hatte bald nach ihrer Ankunft von dem Künstlerfest gehört und sich wohl gemerkt, daß hierbei jeder Künstler ein Köhler tragen müsse. Sobald sie sich einigermaßen eingerichtet hatte, kann sie nach und entschied sich, ohne ihrem Manne ein Wort zu sagen, für ein mittelalterliches Ritterkostüm: sofort beschaffte sie die Zeichnung und kaufte die erforderlichen Stoffe. Als die übrigen Künstler ihre Arbeit niederlegten, um sich nach einem passenden Mastenanzuge umzusehen, wurde eines Tages in die Wohnung des Herrn Mitowanow ein prächtiges, aber sehr teures Köhler gebracht.

Zum ersten Male legte Pauline den eifigen Wunsch, mit der Schönheit ihres Mannes zu prahlen, sie wollte, daß er den Mittelpunkt des ganzen Festes bilde, und daß seine lahne und hässliche Figur, sowie sein prächtiges Köhler noch lange die Bewunderer der Festteilnehmer beschäftige.

Als Mitowanow nach Hause kam und das kostbare Paradekostüm aus dem Schrank holte, erwiderte er tief und sagte: „Dieses Köhler darf ich vielleicht gar nicht anziehen; denn so haben sie gewiß nur die Fürsten und die Monarchen gelehrt.“

Kaum hing er jedoch an, die Kleidungsstücke sich anzupassen, da fand er an dem bunten Köhler so viel Wohlgefallen, daß er wie ein Kind vor Freude krachte, bei seiner Gattin sich für diese Lieberhaltung herzlich bedankte und sie voll Zärtlichkeit küßte.

Wenige Tage vor dem Künstlerfest war Jegor gerade ausgegangen, als Pauline aus Rußland einen Brief erhielt, welcher sie sehr unruhig stimmte und zugleich im höchsten Grade beunruhigte. Natascha Katarowitsch teilte ihr mit, daß Luteria Jegorowna plötzlich bedenklich erkrankt sei. Weil nun Jegor seine Mutter abgöttisch liebte, so daß selbst eine

kleine Unpäßlichkeit derselben ihn sehr betrübten konnte, so beschwor sie Pauline, er würde in diesem Falle vielleicht ganz auf das Fest verzichten. Mitowanow hatte wiederholt erklärt, das einzige, was ihn sofort nach Rußland zurückführen könnte, wäre die Erkrankung seiner Mutter, und bei dieser Gelegenheit äußerte er so wenig, er wisse wirklich nicht, wen er mehr liebe, seine Gattin oder seine Mutter. Pauline war sehr überzeugt, daß Luteria an dieser Krankheit sterben würde, und zwar früher, als sie Rußland erreichten. Daher beschloß sie, ihrem Manne von dem Briefe nichts zu sagen, und überhaupt mit dieser Nachricht so lange zu warten, bis Jegor selbst einjähre, daß eine Reise nach Rußland vergeblich sein würde. Wer weiß, dachte sie, welche neue noch größere Hindernisse sich uns in den Weg stellen möchten, falls wir wiederum ins Ausland reisen wollten!

Am Tage vor dem Feste bemerkte Mitowanow, daß seine Gattin sehr betrübt war, und er drang deshalb in sie, ihm mitzutheilen, was ihr fehlte.

„Hast Du vielleicht Briefe mit schlechten Nachrichten bekommen?“ fragte er. „Wenn Du eine Nachricht über meine Mutter erhalten hast, so verheimliche mir dieselbe ja nicht; denn seit mehreren Tagen fühle ich mich derart beunruhigt, daß ich mich immerfort erschrecke. Mein einziger Trost ist noch mein Traum; ich sah sie nämlich in der kürzlich Equipage zur Kirche fahren.“

„Rede nicht weiter!“ rief Pauline. „Aber warum nicht?“ fragte Mitowanow. „Was gibts denn?“

„In meiner kürzlich Equipage, sagst Du? Und hier in Rom war es?“

„Jawohl, in Deinem Wagen.“ lächelte ihr Gatte. „Aber wenn wir uns streng an die Wahrheit halten wollen, so gehört ja jener Wagen nicht mehr Dir; denn das ganze Bestium muß doch in andere Hände übergehen. Wir träumte also, ich wollte meine Mutter vom Kirchzuge zurückhalten, allein sie rief sich los, und als ich hierauf zu weinen anging, rief sie mir zu: „Meine nicht, Jegor, ich komme bald wieder.“

„Es ist zwar kein schöner Traum, aber er endigt gut.“ verzogte Proskowia Andrejewna. „Deine Mutter erkrankt vielleicht, wird jedoch genesen.“

„Gott behüte.“ jenseit er. „Sie ist so allein und hat nur einen einzigen Sohn, der ihre ganze Freude ausmacht, und dieser einzige Sohn ist so weit von ihr fortgereist. . . Und weshalb eigentlich. . . Aus mir wird ja doch nichts Großes werden. . . Früher war ich ein Lügner, und jetzt werde ich ein Späher sein. . .“

„Wieder das alte Lied!“ lachte Pauline. „Magst Du doch ein Frischer sein, wenn Du nur der einzige Deiner Art in Rom bist! Daß Du aber ein altes Weib bist, welches fortwährend kramt, das ist gewiß. Ich weiß nicht, was wohl aus Dir werden sollte, wenn ich nicht bei Dir wäre.“

„Du hast recht, Du hast recht.“ rief Mitowanow plötzlich neu belebt. „Dir allein verdanke ich es, daß ich nicht mehr in Berejopole Möbel ausbessere, und es hätte mir dort schließlich noch schlechter gehen können, indem man mich Krippen und Säue zu reparieren hieß.“

Bei diesen Worten trat er auf seine Gattin zu, ließ sich vor ihr auf seine Knie nieder und bedeckte ihre Hände mit heißen Küßen.

IX.  
In einer der besten Straßen der Stadt Kasan hielt vor einem der ersten Gasthöfe eine mit vier Pferden bespannte elegante Equipage, und hinter dieser ein kleineres Gefährt mit drei Pferden. Die Reisenden gingen in das Haus, und die Diener trugen ihnen das Gepäck nach.

Bald darauf verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Nachricht in der Stadt, Fürst Berejopolski sei mit der Fürstin und einem Verwandten namens Trubizkow eingetroffen. Aber nach einer Stunde verdrängte diese erste Nachricht eine zweite, welche der Wahrheit bereits viel näher kam; es hieß nämlich, Fürst Berejopolski wäre mit seinem Verwalter und dessen unverheirateten Nichte im Gasthose abgestiegen.

Jede Person nahm ein besonderes Zimmer, und außerdem alle drei gemeinschaftlich ein Vorzimmer, einen Salon und einen Speisesaal; überhaupt schienen ihnen der ganze Gasthof zur Verfügung gestellt zu sein. Es herrschte dort eine solche Aufregung und eine derartige Verwirrung, daß ein Kapitän, nachdem er drei Stunden vergeblich auf den Sarg, der gewartet hatte, in ein anderes Hotel übersiedelte. Als der Wirt dem erkrankten Gatte das Geleite bis zum Wagen gab, lächelte er so eigenartig, als wollte er sagen: Weinetwegen können auch alle übrigen Gäste fortgehen; denn er mußte nur zu gut, daß er brillante Geschenke machen würde, wenn der gutmütige Fürst auch nur eine Woche bei ihm bliebe.

Natürlich wußte am nächsten Tage bereits ganz Kasan, daß der Fürst Elias Berejopolski nach der Stadt gekommen war, um das Gut seiner Cousine in aller Form Rechtens zu übernehmen. Man sprach viel über diesen Fall; man war allgemein der Ansicht, daß der Fürst sein Geld unnütz ausgebe, da es nur eines Prozesses bedürfte, um das Gut der früheren Fürstin Berejopolski an sich zu bringen, weil diese durch ihre Verheiratung mit einem Leibeigenen jedes Anrecht auf jenes Bestium verwirkt. (Fortsetzung folgt.)

Sprechung dahin führen, daß gleichzeitig auf Erfüllung und auf Entschädigung geklagt werden wird. (Beifall b. d. Sps.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die sozialdemokratischen Anträge, auch ein Antrag Ullrich, für die gewerblichen Arbeiter die Konkurrenzklause zu verbieten, werden abgelehnt, die Kompromißanträge werden angenommen. Ueber den sozialdemokratischen Antrag auf Nichtzulassung der Freiheitsstrafe wird morgen namentlich abgestimmt werden.

Weiter wird beschlossen, daß das Gesetz am 1. Januar 1915 in Kraft treten soll.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr (Anfragen, namentliche Abstimmung, Militärstat.)

Schluß: 8 Uhr.

## Deutsch-russischer Zollkrieg?

Die Beziehungen Deutschlands zum Weltmarkt charakterisieren sich dahin, daß wir Roh- und Hilfsstoffe für gewerbliche Zwecke sowie Lebensmittel zum Unterhalte der Bevölkerung in steigendem Maße einführen und dafür mit Fabrikaten in immer größeren Beträgen bezahlen.

Aus „Die deutsche Landwirtschaft, 1918“.

Herausgeg. vom Reich. Stat. Amte.

Die Dreiviertelmehrheit, die vor einigen Tagen in der russischen Duma für Getreidekampfsätze gegen Deutschland stimmte, zeigt, wachsende allgemeine Erregung die deutsche Schutzpolitik dauernd bei unserem größten und handelswirtschaftlich auch wichtigsten Nachbarn erzeugt. Selbstverständlich ist, daß unsere deutschen Lunker, die ihr Getreideausfuhrgeschäft nach Rußland, und ihre Einfuhrschemoprämien gefährdet sehen, sofort nach einem Zollkrieg mit ihrem im politischen Leben liebsten Nachbarn schießen.

Wie stehen wir mit Rußland handelspolitisch? Die Handelsziffern charakterisieren die Lage einwandfrei:

Jahr	Einfuhr nach Rußland in Millionen Mark	Ausfuhr von Rußland in Millionen Mark	Einfuhr nach Finnland in Millionen Mark	Ausfuhr von Finnland in Millionen Mark
1909	1.363,9	444,5	23,8	62,2
1910	1.386,6	547,1	26,2	73,8
1911	1.634,3	625,4	34,6	75,4
1912	1.527,9	679,8	36,9	83,4

Die Hegeer wollen mit diesen Zahlen immer wieder beweisen, daß Rußland Deutschland viel nötiger habe, als wir Rußland. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade anders herum. Deutschlands Industrie kann die 500 Millionen Ausfuhr nach Rußland wohl ebenso schwer entbehren als Rußlands Landwirtschaft die 1,3 Milliarde Ausfuhr nach Deutschland, aber im entscheidenden Falle bekommt Rußland auch Maschinen aus anderen Ländern, für uns ist aber die russische Agrarzufuhr absolut unentbehrlich. Für 1,3 Milliarde können wir nicht jährlich zu annähernd gleichem Preise Agrarprodukte aus einem beliebigen anderen Lande herbeiziehen! Sehen wir uns doch einmal den deutsch-russischen Handel in seinen Hauptgruppen an:

Wir erhielten 1912 von Rußland (ohne Finnland):

für 317,4 Millionen Mk.	Werte
94,9	Weizen
88,5	Gier
54,1	Butter
42,0	Erze
37,7	Federwied
33,5	Stroh
27,6	Erbsen
23,2	Schweine
21,3	Laubholz
19,3	Pferde
100,9	Nadelholz
87,0	Kleie
61,6	Flachs
52,8	Häfer
38,4	rohe Wolle
37,1	Roggen
31,3	Weizen
24,8	Holzmasse
21,7	Leinwand
20,2	Borsten
17,5	Schmieröle

Die Denkschrift des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die deutsche Landwirtschaft hat recht, Rußlands Einfuhr nach Deutschland, die von Jahr zu Jahr immens steigt, zeigt, daß wir in Roh- und Hilfsstoffen für gewerbliche Zwecke und in Lebensmitteln zum Unterhalte der Bevölkerung völlig abhängig sind. Die Denkschrift hat aber auch insofern recht, als sie auf die für Deutschland stets wachsende Ausfuhr an Industrieprodukten hinweist.

Wir lieferten 1912 an Rußland (ohne Finnland) für mehr als 10 Millionen Mark bis zu 20 Millionen Mark:

Roggen, Steinkohle, Pelzwerk, Oberleder, Merinowolle, Rindshäute, Kammgarn, Personentrommeln;

für mehr als 5 Millionen Mark bis zu 10 Millionen Mark:

Baumwolle, elektrische Glühlampen, Motoren, Metallbearbeitungsmaschinen, Rind-, Schaf- und Ziegenleder, Koks, Haus- und Küchengeräte aus Messing, Nähmaschinen, eiserne Pflüge, Superphosphate, Zink, wollene Kleiderstoffe, Säuren und Salze, elektrische Beleuchtungsmaterialien, Ziegenleder, Bücher, Rindshäute, Kautschuk, chemische Erzeugnisse.

Des weiteren:

Rupfer- und Messingwaren, Klaviere, Dampflokomoiblen, Teerfarbstoffe, Buchdruckmaschinen usw. usw.

Das Bild ist durchaus klar, es zeigt einwandfrei, wie ungeheuerlich wichtig für uns Rußland als Einfuhrland von Agrarprodukten und Abnehmer von Industrieprodukten ist. Roggen würde in der deutschen Ausfuhr nach Rußland nicht an erster Stelle stehen, wenn wir nicht die Einfuhrscheine hätten. Gegen die Roggeneinfuhr richtet sich der Beschluß der Duma auch mit zuallererst. Noch deutlicher wird die Bedeutung Rußlands für die Einfuhr nach Deutschland, wenn man gegenübersetzt, wie groß die notwendige Mehreinfuhr pflanzlicher und tierischer Nährstoffe seit 1901 in Deutschland geworden ist und welcher ungefähre Anteil davon durch

Rußland gedeckt wird. Wir benugen zu dieser Feststellung das schon erwähnte Werk des Reich. Stat. Amtes, also eine durchaus offizielle Quelle, die bei diesem Buche sogar reichlich agrarisch gefärbt geflossen ist.

Deutsche Mehreinfuhr (eigentlicher Deckungsbedarf).	1901	1912	Davon deckte Rußland allein
Brotgetreide	349,4	266,6	132,0
Gerste, Hafer	274,6	647,2	370,2
Lebensmittel	30,4	50,2	37,7
Gier	104,1	133,0	68,5

Das sind nur einige Beispiele, schon sie zeigen, welche riesenhafte Bedeutung Rußland gerade insofern für uns hat, als es ankiefert, was wir im eigenen Lande nicht schaffen können. Es liefert uns allein die Hälfte des uns fehlenden Brotgetreides! Auch die Hälfte der uns fehlenden Gerste. Finnland verstärkt dieses Bild nur noch.

Es ist notwendig, daß wir mit Rußland Freundschaft halten, daß nicht auf Kosten der Arbeiter die deutschen Agrarier einen Zollkrieg anzetteln. Die Einfuhrscheine müssen abgeschafft werden und der Zolllast von 1902, auf dem kein dauernder Handelsfriede mit anderen Ländern möglich ist, muß abgebaut werden!

## Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Schlosser in Posen. Die Bau- und Kunstschlosser in Posen haben eine Lohnbewegung durchgeführt, die nach mehr als einer Richtung Interesse auch für weitere Kreise bietet. Es gibt dort deutsche und polnische Unternehmer, aber auch deutsche und polnische Gewerkschaften. Als deutsche Gewerkschaften kommen der Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein in Betracht, während die Polen nur eine Organisation haben (Polnische Berufsvereinigung); die Separatisten haben noch keine Anhänger. Die Mehrheit an Mitgliedern haben die Polen. Unter den Schlossern waren jedoch leider noch circa 25 % Anorganisierte. Die Schlossermeister sind alle in einer Zwangsinnung vereinigt. Die deutschen Unternehmer werden von der Regierung in jeder Weise unterstützt, sie erhalten nicht nur Barmittel zur Ausgestaltung der Betriebe, Anschaffung von Werkzeug, Maschinen und dergl., sondern die ganzen fiskalischen und städtischen Arbeiten fallen den „Deutschen“ zu, während die Polen auf Privatbauten angewiesen sind. Der bisherige mit der Zwangsinnung abgeschlossene Tarif lief am 1. April ab. Die Gewerkschaften, die vereint vorgingen, kündigten ihn rechtzeitig, reichten einen anderen Tarif ein und suchten um Verhandlungen nach. In den Verhandlungen wurde den Arbeitervertretern erklärt, daß die Innung den neu eingebrachten Lohn tarif ablehne und den Arbeitern anheimstelle, die Kündigung des alten Tarifvertrages zurückzuziehen und ihn bis zum 1. April 1916 in Geltung zu lassen, andernfalls erfolge die Aussperrung. Daß die Gesellen so ohne Sang und Klang ihren Tarifentwurf begraben würden, war natürlich ausgeschlossen. So kam der Tag der Aussperrung heran, der eine große Ueberraschung brachte. Von 106 Beschäftigten wurden drei Anorganisierte und ein Organisierte ausgesperrt. Die Meister wollten dann an einem späteren Termin verhandeln. Die Organisationsleitung der Arbeiterverbände setzte sich aber bald mit den bedeutendsten Unternehmern im Schlossergewerbe in Verbindung und schloß mit ihnen einen Vertrag ab, wonach sich die vertragsstreuen Unternehmer verpflichteten, diejenigen Firmen, die wegen Nichtanerkennung des Vertrages bestreift oder gesperrt werden, in keiner Weise zu unterstützen und Streikende bei Bedarf an Arbeitskräften zuerst einzustellen. Dagegen verpflichteten sich die Arbeitervertreter, mit keinem Unternehmer im Schlossergewerbe zu Posen einen Vertrag zu unangünstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen. Außerdem werden während der zweijährigen Vertragsdauer die Löhne für jüngere um 3 Pfg., für ältere Gesellen um 4 Pfg. erhöht; dazu kommen einige kleinere Verbesserungen. Diese sieben Firmen, mit denen dieser Vertrag abgeschlossen wurde, beschäftigten 81 von den 106 Gesellen. Die Innung beschloß nun, den neuen Tarif ebenfalls zu unterstützen.

Der Ausfall der Maßnahmer in Berlin hat nach vierwöchiger Dauer dazu geführt, daß am Donnerstag abend die ersten Verhandlungen stattfanden. Ueber die wichtigsten Punkte in der Lohnfrage wurde eine Aussprache geführt, wie sie am Anfang von den Gehilfen verlangt wurde. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet, sie sollen Sonnabend fortgesetzt werden.

Malerstreit in Weibert. Um die Einführung des Reichstarifkampfes die Maler und Anstreicher in Weibert. Bekanntlich haben die rheinisch-westfälischen Unternehmer im Malergewerbe den im vorigen Jahre abgeschlossenen Reichstarif nicht anerkannt und sind deshalb, mit dem Ratel des Tarifbundes befaßt, aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen worden. Der Kampf wird weniger um eine Lohnerhöhung, weil die im Reichstarif vorgesehenen Löhne bezahlt werden, sondern um die Anerkennung des Reichstarif geführt. Da im ganzen Rheinland und Westfalen zurzeit die Bewegung erloschen ist oder bevorsteht, ist den zureisenden Malergehilfen zu empfehlen, bevor sie Arbeit nehmen, bei der Organisationsleitung darüber Erfragen einzuziehen, ob bei der Firma nicht auch Differenzen bestehen. Der Zuzug nach Koblenz, Neuf bei Düsseldorf und Weibert ist strikte zu vermeiden, da sich in diesen Orten die Malergehilfen zur Anerkennung des Reichstarif im Streit befinden.

Tarifabhängig mit den Brotfabriken in Mainz und Wiesbaden. Mit sieben Brotfabriken in Wiesbaden und Mainz, die zusammen vierzig Arbeiter beschäftigen, konnte der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln. Bei einer zehnständigen täglichen Arbeitszeit und sechs Schichten in der Woche beträgt der wöchentliche Mindestlohn 30 Mk., für besondere Arbeiten 32 Mk. In Wochen mit Feiertagen werden fünf Schichten geleistet. Arbeiterkinder werden mit 60 Pfg. bezahlt. Alle vor dem 1. Januar in Arbeit gestandene Arbeiter erhalten in den Sommermonaten eine Woche Ferien.

Internationales. England. Mit 23000 gegen 2000 Stimmen haben die Londoner Bauarbeiter, die schon seit drei Monaten im Kampfe stehen, die Vergleichsvorschläge des amtlichen Vermittlungsausschusses abgelehnt. Ein Arbeiterblatt glaubt, nachweisen zu können, daß der Kampf von den Unternehmern auf Veranlassung der Steinbruchbesitzer provoziert wurde, weil die letzteren außerhand waren, die zahlreich übernommenen öffentlichen Bauten in der Vertragszeit fertig zu stellen. Der jetzige Kampf aber eripart ihnen auf Grund der Streikklause die sonst zu erwartenden sehr hohen Konventionalarbeiter.

Spanien. Die Offiziere der spanischen Handelsmarine befinden sich im Streit bei mehreren Gesellschaften, die ihren Forderungen auf Verbesserung nicht nachkommen wollten. Wie energisch die Bewegung geführt wird, beweist auch der Umstand, daß allein im englischen Kanal vierzehn spanische Schiffe liegen, deren Offiziere einfach nach der Heimat zurückkehrten. Sollte man sie durch Streikbrecher ersetzen, so wollen sich auch die Mannschaften dem Streit anschließen.

## Eine Rechtfertigung des Regiebetriebes.

Die Stadtverwaltung Mannheim verhandelte im Jahre 1912 über den weiteren Ausbau des städtischen Gaswerkes. Die Leistungsfähigkeit desselben sollte von 18 Millionen Rbm. im Jahre auf 31 Millionen gesteigert werden. Zwei großkapitalistische Gesellschaften versuchten bei dieser Gelegenheit, diesen städtischen Monopolbetrieb an sich zu reißen. Sie wollten Kofereianstalten errichten und das als Nebenprodukt gewonnene Gas billig — ein Angebot lautete auf 3/4 Pfg. pro Rbm. — an die Stadt abgeben. Die Oberheinische Eisenbahngesellschaft, bei welcher die Stadt mit 51 % der Aktien beteiligt ist, machte ein ähnliches Angebot. In dieser Gesellschaft sieht als Hauptmacher der bekannte rheinische Großindustrielle Stinnes, der seit Jahren versucht, am Oberrhein eine Koferei zu errichten, um von hier aus den südwestdeutschen Rofsmarkt besser beherrschen zu können. Sämtliche bürgerliche Parteien waren bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen. Die „M. C. G.“ sei ja eine halbstädtische Gesellschaft und ein gemischt kommunal-privatwirtschaftliches Unternehmen arbeite rentabler als eine gemeindliche Anstalt, hieß es. Nur die sozialdemokratische Rathausfraktion ging auf den gemachten Vorschlag nicht ein. Sie führte um die Erhaltung des Regiebetriebes einen erbitterten Kampf, den sie schließlich auch siegreich beendete, nachdem der Direktor des städtischen Gaswerkes nachgewiesen hatte, daß die Produktion im städtischen Gaswerk billiger zu stehen komme als der Bezug von Kofereigas.

In ihrer Wut über diese Niederlage beschloß die bürgerliche Majorität ein Obergutachten einzuholen. Je nach Ausfall dieses Gutachtens sollte dann bei einer späteren Erweiterung der Gaswerke das eine oder andere System gewählt werden. Als Gutachter wurden drei Gaswerksdirektoren bestellt: Brenger-Köln, Lenz-Bodum und Anderson-Hannover. Nur der Erstgenannte ist strikter Anhänger des städtischen Regiebetriebes. Dessen ungeachtet aber kamen diese Sachleute zu dem Resultat, daß ein modern ausgestattetes städtisches Gaswerk billiger arbeite als eine Kofereianstalt, die in ihrem Betrieb von mancherlei wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig sei. Sie jagten: „Für eine Stadtverwaltung, deren Streben in erster Linie auf eine gleichmäßige Gestaltung ihres Budgets gerichtet sein soll, ist daher die Entscheidung in einer solchen Frage von ganz besonderer Bedeutung, ob sie ihren Haushalt mit diesen großen Mengen fortgesetzten Schwankungen ausgelegter Produkte belasten soll, die unter Umständen das ganze Budget umstoßen können.“ In einer sehr instruktiv durchgeführten Berechnung führten sie den Nachweis, daß das Mannheimer städtische Werk jetzt schon äußerst rentabel arbeite. Bei einer Jahresproduktion von unter 20 Millionen Rbm. Gas stelle sich zwar der Bezug von Kofereigas zu dem angebotenen Preis für die Stadt günstiger, jetzt aber, wo die Stadt größere Mengen Gas erzeugt, tue sie besser daran, bei der Eigenproduktion zu bleiben.

Die bürgerlichen Parteien in Mannheim sind über den Ausfall des Gutachtens nicht erbaut, den Gegnern des städtischen Regiebetriebes wird dadurch ein schwerer Stoß verfehlt. Die Stinnes-Interessenten suchen denn auch sich jetzt anderswo festzusetzen. Zurzeit werden, wie die badische Presse meldet, in Karlsruhe Versuche gemacht, das Kofereigas einzuführen. In Mannheim wurde dem Großkapital die Absicht, sich an die Kräfte gemeindlicher Monopolbetriebe zu setzen, durch die Pöflichkeit unserer Genossen im Rathaus vereitelt.

## Amliche Untersuchungen der Werksstilllegungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

In der Mittwochssitzung der Handels- und Gewerkekommision des preussischen Landtags standen 5 Petitionen von rheinisch-westfälischen Gemeindeverwaltungen, Haus- und Grundbesitzervereinen und eine von dem katholischen Knappenverein Horst bei Steele zur Verhandlung, die sich gegen die Werksstilllegungen im engeren Ruhrgebiet richteten. Eine Petition haben die Vertreter von 21 Gemeinden eingereicht, eine andere ist von fast 3000 Arbeitern, Landwirten, Kaufleuten usw. unterschrieben, ein Beweis, wie sehr die neuerdings erfolgten Stilllegungen der Zeche Altdorf und Siberg die Ruhrthalbevölkerung bewegt. Die Petenten fordern, die Regierung solle wenigstens das Stilllegen weiterer Werke verhindern, weil sonst ein volkreicher Landesteil mit zum erheblichen Teil altanständiger Bevölkerung wirtschaftlich ruiniert würde. Entweder müsse der heute durchaus problematische gezielte Betriebszwang verhärtet werden oder in dem neuen Kohlenjndustrievertrag dürfe die Übertragung der Beteiligungsziffer nicht mehr gestattet werden; dahingehend solle der Fiskus seinen Einfluß auf das Syndikat ausnützen. Dieses müsse auf „öffentlich-rechtlicher Grundlage“ errichtet werden. Weiter wird vorgeschlagen, ein Verkaufs- und Ankaufsrecht der Gemeinden oder des Staates an den Gruben, die Zusammenlegung der kleinen Felde zu einer betriebsfähigen Konsolidation, schließlich steuerliche Vorrechte der Gemeinden zur Schadloshaltung bei Werksstilllegungen und endlich Verkehrsmaßnahmen, die den entlassenen Arbeitern das leichte Erreichen des neuen Arbeitsplatzes ohne Aufgabe ihres alten Wohnortes ermöglichen. In mehreren Petitionen wird die Unrentabilität vornehmlich der bereits stillgelegten Zeche Siberg bestritten. Es werden Ausführungen gemacht, die auf einen verwüstenden Raubbau in den zur Stilllegung bestimmten Gruben hinweisen und dagegen im Interesse des Nationalvermögens behördliches Einschreiten fordern.

Der Berichterstatter über diese Petition, ein Vertreter des Zentrums, trug ihren Inhalt vor und regte dann die Vertagung der Verhandlungen an, weil weitere Regierungsvertreter geladen werden müßten und es kaum möglich sein würde, an diesem Abend das weitwichtige Material seiner Bedeutung entsprechend zu behandeln; zudem fehle es der Kommission an übersichtlichem Material zur Beurteilung der behördlichen Maßnahmen gegen die Stilllegungsaktion. Dieses Material werde die Regierung herbeizuschaffen haben. Zwei Regierungsvertreter erklärten, sie könnten sogleich erschöpfende Auskunft geben und deuteten an, daß auch nach der Auffassung der Bergbehörde die stillgelegten Werke unrentabel seien. Ein Vertreter der Nationalliberalen sprach sich ebenfalls

für die sofortige Weiterführung der Verhandlungen aus, da wirklich kein neues Material, welches die Rentabilität jener Gruben beweisen könnte, herbeizuschaffen sei. Der Vertreter der Sozialdemokraten schloß sich dem Berichterstatter an und kündigte an, er werde die Angelegenheit der Werkstilllegungen recht eingehend erörtern müssen. Das müsse geschehen, weil es schon nicht mehr bei der Stilllegung von Gruben bliebe, sondern nun auch Hüttenwerke stillgelegt worden seien. Das beweise die Notwendigkeit einer gründlichen Erörterung unserer in der betreffenden Industrie von der Wirtschaftspolitik der Werkstilllegungen beherrschten Produktionsweise. Ihm seien Zeichnungen und Briefe zugegangen, die den Gedanken nahe legten, daß die bergbehördliche Untersuchung der Bergrentabilität nicht gründlich gewesen sei und die die Gefahr einer nahen Stilllegung weiterer Werke erkennen ließe. Arbeiter und Beamte behaupteten, es würde Raubbau getrieben, um die Schächte „stilllegungsreif“ zu machen. Ob und inwieweit das zutrefte, darüber müsse die Bergbehörde eine erneute beschleunigte Untersuchung veranstalten. Die schwer bedrohten Bürger und Gemeinden hätten ein Recht darauf, von den gelezgeberischen Faktoren gehört zu werden.

Die Kommission beschloß, die Weiterberatung vierzehn Tage zu vertagen. Inzwischen will die Behörde nach der Erklärung des Regierungsvertreters eine neue Untersuchung veranstalten, dabei auch die mit den Betriebsverhältnissen genau vertrauten Arbeiter vernehmen und der Kommission das gewonnene Material zur Kenntnis bringen. Den Vorschlag des Berichterstatters und des Sozialdemokraten, dieses Material der Kommission abschriftlich zu unterbreiten, wurde von dem Regierungsvertreter als unpraktisch bezeichnet. Es soll ein mündlicher Bericht auch über die neue Untersuchung erstattet werden.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Eine fromme Kindesmörderin.** Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Amberg wurde am 2. Mai die 26jährige Maria Meßner wegen Ermordung ihres 14jährigen unehelichen Knaben zum Tode verurteilt. Die Verhandlung entrollte ein entsetzliches Bild von Verrohung. Die Angeklagte hatte das Kind nicht nur fortgesetzt mißhandelt, sondern hatte es auch verhungern lassen. Die unmittelbare Todesursache war eine Schädelquetschung, die durch Mißhandlung mit einem großen Nähnadel oder durch einen Nurr auf den Boden hervorgerufen wurde. Ein als Sachverständiger vernommener Medizinalrat sagte aus, daß sich ihm in seiner langjährigen Praxis noch nie ein so erschütterndes Bild geboten habe. Die Angeklagte sagte aus, sie habe das Kind so behandeln müssen, um ihm Religion beizubringen. Wenn sie nicht geflücht habe, habe das Kind das Zeichen des Kreuzes nicht gemacht. Die Angeklagte, die kurz vor der Entscheidung nicht, nahm das Urteil gefaßt entgegen.

**Nachspiel eines schweren Eisenbahnunfalles.** Die Strafkammer in Koblenz verhandelte in Sachen des Unglücksfalles im Jahre 1913 bei Cochem im Kaiser-Wilhelm-Tunnel, wobei zwei Güterzüge verunglückten, zwei Bahnbeamte den Tod fanden und vier verletzt wurden und ein Sachschaden von 40 000 Mark entstand. Von den Angeklagten wurde der Bahnhofsvorsteher Kasper in Eller freigesprochen. Der Rottenführer Kremer erhielt zwei Wochen und der Eisenbahnpraktikant Klinger vom Bahnhof Cochem zwei Monate Gefängnis. Kremer hatte in dem Tunnel eine schadhafte Säbne ausgewechselt, ohne das Gleis vorzeitlich sperren zu lassen. Klinger ließ einen Güterzug von Cochem abfahren, trotzdem er wußte, daß das Gleis nicht frei war. Dieser Güterzug entgleiste und ein anderer von Eller kommender fuhr in die Trümmer.

## Aus Nah und Fern.

**Scharfer Frost** ist in der Nacht zum Sonntag in Berlin eingetreten. Die Temperatur fiel am Sonntag früh stellenweise auf vier Grad. In weniger geschützten Lagen wurde zu den Blüten und jungen Blättern manches vernichtet. Die das „Berliner Tageblatt“ aus Trier berichtet, hat in den Weinbergen der Obermosel und der Saar die vorgeschrittene Vegetation durch die Kälte empfindlich gelitten. Auch in Thüringen soll die Obsternte durch Nachfrost stark geschädigt worden sein. — In der Nacht zum Sonntag sank die Temperatur in der Gegend von Primmern auf 3 Grad Kälte. Der Frost vernichtete die Obsterte der dortigen obfruchtigen Gegend: alle Gemüsenarten, Erdbeeren, Flieder und die jungen Triebe der Eichen und Eschen sind erfroren.

**Eine Gasexplosion** entstand in einem Hause der Mittelstraße in Berlin dadurch, daß die Frau des Gemüsehändlers Otto Schröder, der in ihrer Abwesenheit durch Wasserversorgung Selbstmord begangen hatte, mit der Leuchtenden Lampe in der Hand in das von Gasen erfüllte Zimmer trat. Durch die Explosion wurden Türen und Fenster zertrümmert, die Frau wurde schwer verletzt. Schröder hatte wegen Vorhörungen, die ihm seine Frau gemacht hatte, Selbstmord begangen.

**Opfer der Arbeit.** Auf der Königsgrube in Oberhessen ist der Hauer Zwadlow aus Korbberg zu Tode verunglückt. Zwadlow war in der zweiten Schicht des Heimgewinnungsbetriebes mit Sprengarbeiten beschäftigt und wollte sich an die Sprengstelle begeben, als gerade noch ein später eingehender Sprengzug losging. Zwadlow wurde von Kohlenmassen total verdrückt und konnte leider nur noch als Leiche geborgen werden. Er war verheiratet und ist Vater mehrerer Kinder. — Auf der Ferdinandsgrube erstickten die Bergleute Broder und Desch. Letzterer hinterläßt eine Witwe und elf Kinder.

**Zwei Schulmädchen** totes. Ein bedauerlicher Unfall hat sich in Laudenbach zugegetragen. Dort überfuhr ein Frankfurter Automobil zwei Schulmädchen im Alter von sieben und neun Jahren. Das ältere Kind war sofort tot, während das zweite auf dem Transport zum Krankenhaus farb. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, ist noch nicht aufgeklärt.

**Die in Russland verurteilten deutschen Lastschiffe** Verlier, Haase und Nicolai haben nach einer vorliegenden Meldung gegen das Bremer Gerichtsurteil Berufung eingelegt. Die Verurteilten selbst sind freigelassen worden, nachdem der Deutsche Lastschiffverband die Kaution von 6000 Rubel telegraphisch angekauft hatte.

**Um 60 Pfg. erhöhen.** Sonntag wurde in der Stadt Lauterbach der Hausdiener des Hotels „Kronprinz“ aus Geldmangel von dem Kaufmann Bergmann in dessen Laden erlöset. Beide gerieten wegen einer Zehne von 60 Pfg., die der Hausdiener nicht bezahlen wollte, in Streit.

**Auskehr bei der Kaiser Polizei.** Die vier durch den Kaiser Polizeipräsidenten Hans Bekkeren Polizeidirektoren wurde nach anderen Stellen mit kaiserlicher Polizei verteilt. Das Dillig wurde gegen die im Prozess abgesetzten Beamten wird fortgesetzt. Eine ganze Anzahl Bürger sind bereits entlassen worden.

**Ein Schimmel der See.** Neben der brachsten Ardenne über einen Unfall der „Siberia“ als un-

begründet erwiesen haben, ist die Befürchtung entstanden, daß die Notrufe von irgend einem anderen Schiff herrührten. Die bisher angestellten Nachforschungen haben zu keinem Ergebnis geführt.

**Einen brennenden Dampfer gestiftet.** Dampfer „Seydlitz“ meldet drahtlos nach Halifax, daß er zwischen 41,27 Grad nördlicher Länge und 51,07 westlicher Breite einen brennenden Dampfer gestiftet habe. Der Dampfer „Seydlitz“ sandte mehrere Hilferufe ab, worauf mehrere Schiffe antworteten. Im Bord des brennenden Schiffes sei kein Lebenszeichen festzustellen worden. Auch in der Umgebung sei kein Rettungsboot sichtbar gewesen.

**Liebestragödie.** Der Direktor der Petersburger Anglo-Russischen Bank, Gregor Bennenson ist auf der Bahnfahrt von Peterhof nach Petersburg das Opfer eines Schwere-Selbstmordes geworden. Bennenson fuhr zusammen mit seiner Geliebten, der 25jährigen Tochter des Arztes Schmulow in einem Abteil 1. Klasse, wobei es zwischen ihm und seiner Geliebten zu heftigen Auseinandersetzungen kam, die damit endeten, daß das Mädchen eine Flasche mit Schwefelsäure ergriß und deren Inhalt Bennenson ins Gesicht goß. Seine beiden Augen wurden getroffen. Gesicht und Hände sind ebenfalls verbrannt. Auf die lauten Schmerzensschreie Bennensons eilten die Passagiere der anderen Abteile hinzu. Bennenson traf bemüht in Petersburg ein, wo die Ärzte seinen Zustand für sehr ernst erklärten. Es liegt die Gefahr vor, daß er auf beiden Augen erblinden kann. Die Täterin wurde verhaftet.

**Valparaiso in Flammen.** Eine große Feuersbrunst hat gestern die chilenische Hafenstadt Valparaiso heimgesucht. Der Brand ist im Zentrum des Geschäftsviertels ausgebrochen und hat in kurzer Zeit einen großen Teil der bedeutendsten Geschäftshäuser zerstört. Auch zahlreiche Menschenleben sind dem Feuer zum Opfer gefallen; bis jetzt zählt man fünfzig Tote und viele Verwundete.

**Grubenunglück in Australien.** Wie ein Telegramm aus Melbourne meldet, hat sich in den Kohlengruben von Bondigo ein schweres Grubenunglück ereignet. In dem Augenblick, als zahlreiche Bergarbeiter den Schacht verlassen, erfolgte aus bisher unbekanntem Grund eine heftige Explosion. Sieben Grubenarbeiter wurden auf der Stelle getötet, mehrere andere sehr schwer verletzt, so daß sie kaum mit dem Leben davontkommen dürften.

## Genossenschaftsbewegung.

**Konsumverein und „Margarinetruist“.** In der Tages- und Nachpresse wird gegenwärtig viel Lärm geschlagen wegen eines angeblich drohenden Margarinetruistes, dessen Bestrebungen auch den Konsumenten gefährlich sein könnten. Als leitende Kräfte in dem „Truist“ werden einige bekannte große Firmen genannt, die im Laufe der Zeit einige kleinere Betriebe übernommen und zum Teil stillgelegt haben. Ein besonderes Gewicht wird auf die Feststellung gelegt, daß ausländisches Kapital in größerem Umfang bei den „Truist“-Firmen in Frage komme. Die Markrufe gehen hauptsächlich von Konkurrenzfirmen des angeblichen „Truistes“ aus. Da an diesem beteiligten Fabriken bestreiten sehr energisch, daß ein „Truist“ bestehe. Es handle sich um eine Interessengemeinschaft, die vor allem bezwecke, den Einkauf von Rohmaterialien zu erleichtern und amerikanische Uebergriffe abzuwehren. Das sei bezüglich des Einkaufs von Mel gelungen, wodurch eine wesentliche Preissteigerung der Margarine verhindert worden sei. Von einem Truist könne schon deshalb keine Rede sein, weil es sich bei der Interessengemeinschaft nur um ein Duzend Fabriken handle, während in Deutschland deren etwa 160 existieren. Die Margarinepreise ließen sich angesichts solcher Konkurrenz nicht beliebig erhöhen, sondern müßten immer in einem gewissen Verhältnis zu den erreichbaren Detailspreisen stehen. Wollte man die Preise willkürlich steigern, so könne dies nur auf Kosten des Zwischenhandels geschehen, der dann am Margarineertrieb kein Interesse mehr haben würde, so daß sich die Fabrikanten in das eigene Fleisch schnitten. Außerdem sei aber auch den Margarinepreisen eine gewisse Grenze durch die Preise der Naturbutter gezogen, so daß eine beliebige Erhöhung vollständig ausgeschlossen sei.

Was die Darlegungen besonders glaubhaft erscheinen läßt, ist der Umstand, daß die lautesten Rufier gegen die „Truistfabrik“ ihrem warnenden Schrei stets den noch eindringlicheren nach Berücksichtigung ihrer — natürlich leicht „truischen“ — Produkte folgen lassen. So schreibt eine besonders rege rheinische Firma:

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, wiederholt die Bitte an Sie zu richten, bei eintretendem Bedarf sich freudigst meiner erinnern zu wollen, und glaube diese Bitte deshalb wiederholen zu dürfen usw.

Da diese durchsichtigen Manöver bei den Konsumvereinen natürlich nicht verfangen, hat die betriebliche Konkurrenz des „Truistes“ bereits zu dem Mittel gegriffen, die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine kein Publikum als hinreichend verständig zu denungieren, dem „Treiben des ausländischen Truistes“ Vorstoß zu leisten. Auch der Truist wird selbstverständlich nicht zucken. Die Organisationen der Konsumenten sind nicht dazu da, das Konkurrenzbedürfnis erwerbsbedürftiger Unternehmer zu befriedigen. Sie richten ihre geschäftlichen Maßnahmen so ein, daß auf alle Fälle die Interessen der Käufer gewahrt werden. Diese können daher ganz unbesorgt sein. Wenn wirklich ein Truist besteht oder zustande kommt, dann gibt es gegen seine Gelfüste für sie keinen besseren Schutz als die Konsumvereine und deren Großeinkaufsgesellschaft. Die Konsumenten können am erfolgreichsten jeder vermeintlichen oder wirklichen Gefahr begegnen, wenn sie ihren Margarinebedarf nur im Konsumverein decken und diesen anhalten, alle Margarine nur durch die Großeinkaufsgesellschaft zu beziehen.

## Theater und Musik.

**Im Neuen Stadttheater** gelangte gestern Abend als Abschiedsvorstellung für Josef Schöffel Kiengis „Kuhreigen“ noch einmal zur Wiederholung. Die Partie des Primus Thaller liegt dem Künstler besonders gut; sein strahlender Tenor erklang gestern so warm und glanzvoll wie nur je. Das Abschiednehmen wollte am Schluß der Vorstellung denn auch gar kein Ende nehmen. Blumen gabs gleichfalls in Fülle. Herr Schöffel kommt an das Hoftheater in Karlsruhe. Den Ersatzmann, der für ihn hierher kommt, kennt keiner. Es muß abgewartet werden, ob er wirklich Ersatz bietet. Sehr anmutig in Gesang und Darstellung war die Blancheleur der Frau Schmidt.

## Allerlei Wissenswertes.

### Der Wert der Mägen.

Die Familie der Mägen ist außerordentlich zahlreich, obgleich gerade der Baum, der bei uns gewöhnlich mit diesem

Namen belegt wird, nicht dazu gehört. Die Zahl der Arten wird auf etwa 450 angegeben. Sie sind über den ganzen Erdkreis verbreitet, aber auch auf die tropischen und subtropischen Gebiete beschränkt. Fast 300 der Arten haben ihre Heimat in Australien, die übrigen entfallen auf Asien, Afrika und Amerika, so daß Europa als einziger Erdteil keine echte einheimische Mägenart besitzt. Der Mensch hat allerdings die Verbreitung in beträchtlichem Grade geändert. Insbesondere sind australische Mägen nach Kalifornien eingeführt worden, und die Amerikaner haben damit ihren praktischen Sinn ebenso bewiesen wie mit der Einführung der Eulalypten. Der Verpflanzung der Mägen ist freilich eine Grenze dadurch gezogen, daß die Bäume keinen Frost vertragen. Viele Mägenarten sind zu den besonders nützlichen Gewächsen zu rechnen, hauptsächlich wegen des Gehalts ihrer Rinde an Gerbstoff. Dafür sind die australischen Arten zu bevorzugen, die in ihrer Heimat den schwer übersehbaren Namen Wattles führen, weil ihre Rinde ursprünglich zur Auskleidung der Wände in den Hütten verwendet wurde. Von den eigentlichen Gerbstoffmägen unterscheidet man drei Arten, die zwischen 24 und 48 Prozent Gerbstoff liefern, während der Ertrag aus der Rinde der Eiche und Kastanie 8 bis 13 Prozent entspricht. Dazu kommt, daß das Mägenholz durch Schönheit und Dauerhaftigkeit ausgezeichnet ist. Sogar die kleineren Bäume gewähren die Möglichkeit einer guten Ausnutzung zur Befertigung von kleineren Holzgeräten. Das Holz ist am ehesten mit dem des Wallnußbaums und mit dem Kiefernholz zu vergleichen. Zu erwähnen ist auch, daß eine Reihe von Mägenarten, von denen die arabische Wüstenart am bekanntesten ist, Gummi liefern, und zwar sind die Gummiarten von mannigfaltigen Eigenschaften, die eine entsprechend vielseitige Verwendung gestatten. Die sogenannte Kaffee ist mit herrlich duftenden Blüten begabt und wird daher in Oberitalien und besonders in Frankreich gezogen zum Zweck der Bewertung in der Parfümerie.

## Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 5. Heft vom 1. des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gedalwigt. — Johannes Miquel über Marx und seine Anwendung von ihm. Von Eduard Bernstein. — Die politische Krise in Schweden. Von Wilhelm Janjion. — Sozialismus und Arbeiterpartei in England. Von J. Sachs (London). — Der Kampf gegen die Gewerkschaften. Von Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann.

**Wahlstrahlen**, monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Borchardt. Das Mai-Heft (Nr. 9) ist mit folgendem Inhalt erschienen: 1. Das Friedensfest. 2. Die Macht des Reichstags. Von Alexander Bloch. 3. Zum Kampf um den Nachmittags. 4. Ein Bild in den Zukunftsstaat. 5. Obstruktion. 6. Notizen. Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennig. Zu haben bei allen Kolporteurs der Partei- und Gewerkschaftspresse, in den Parteibuchhandlungen, sowie beim Verlage, Berlin-Lichterfelde 3, Hedwigstr. 1.

**„Kommunale Praxis“**, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Redaktion Dr. Albert Südekum. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Wöchentlich ein Heft. Preis pro Quartal 3 Mk. Einzelheft 30 Pfg. Alle Postanstalten, Buchhandlungen, Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen.

**Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie.** Auf Grund der Programme und Kongreßbeschlüsse der Partei gemeinverständlich dargestellt von Eduard Bernstein. Der Inhalt gliedert sich in folgende Kapitel: Allgemeines über die Steuerfrage. — Vom Begriff der Steuerarten und den unsichtbaren Steuern. — Die Mehrwertlehre als Grundlage für die Steuerbemessung. — Steuern auf Genugmitteln und Steuern auf Nahrungsmitteln. — Der Grundbesitz der Wirtschaftlichkeit und seine Anwendungen. — Die Frage der Ueberhörswirtschaft. — Die Verteilung der Steuern zwischen Reich, Staaten und Gemeinden. — Die Fragen der Steuerbewilligung. — Der Trugschluß von der sozialen Gleichwertigkeit der Steuern. — Die Defonomie der Steuererträge. — Schlußfolgerungen. Die Broschüre ist für jeden Parteigenossen wie für alle Wirtschaftspolitiker von größtem Interesse. Sie ist zum Preise von 1 Mark (Ereinsausgabe 30 Pfg.) durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

**Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie.** Ein Volksschullehrer wendet sich hier an seine Amtskollegen. Er zeigt ihnen den Kampf der Arbeiterklasse um ein höheres Menschengut, er deutet die Ursachen auf, die heute eine wirkliche Erziehungsarbeit an den Kindern des Volkes lahmlegen und darum jedem ernststrebenden Lehrer seinen Beruf erschweren. Der Verfasser schließt mit der Aufforderung an die Kollegen und Kolleginnen: „Wer von Euch an dem Halbescheitsideal des Liberalismus irre geworden, wer als wahrer Jünger Pestalozzis die Widerstände spürt, die lähmend auf seine Arbeitsfreude legen, der vertiefe sich in das Studium der Arbeiterbewegung, die Ideenwelt des Sozialismus.“ Die Schrift, die nicht allein für die Lehrer, sondern auch für jeden sich für Erziehungs- und Schulfragen interessierenden Genossen lesenswert ist, kostet 30 Pfg., eine besser ausgestattete Ausgabe 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

**Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer.** Von Alb. Fleck. (Heft 39 der Arb.-Ges.-Bibl.) Verfasser, der auch in dem Westfälischen Handbuch der Arbeiterkrankheiten die Gesundheitsgefahren dieser Berufe eingehend behandelt hat, bringt zunächst eine Uebersicht über die Arbeitsweise und die in diesen Gewerben verwendeten Materialien: die Farbstoffe, die Bereitung der gebrauchsfertigen Farben, Firnisse, Lacke usw. werden in ihrer Bedeutung für die Gesundheit besprochen. In einem 2. Kapitel die Berufsschädlichkeiten: Ueberanstrengung, Unfallgefahren, Temperatureinflüsse, Körperhaltung, Hautschädigungen, Dämpfe und Dünste, Staubentwidelung und Giftwirkungen. In einem 3. und 4. Kapitel die Krankheiten der Malerarbeiten: die Atmungsorgane (Tuberkulose), der Verdauungs-, der Kreislauforgane, Rheumatismus, Gicht, Weistarmul, Augenleiden sowie in besonders ausführlicher Weise die eigentliche Gewerkerkrankheit dieser Berufe: die Bleivergiftung und ihre Verhütung. Im Anhang ist das vom Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitete Blei-Verbot abgedruckt. Das Heft liegt in der Hand jedes Malerarbeiters sein, zur Beachtung und als Nachschlagewerk fleißig benutzt werden, damit diese verbreitetsten und schlimmsten aller gewerblichen Vergiftungen seitens der gesunden Berufsgenossen in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt und durch strengste Befolgung der hygienischen Vorschriften joweit zurückgedrängt werde, wie es ohne gefährliches Verbot der giftigen Farben möglich ist. Der Preis jedes Heftes beträgt 20 Pfg. Eine Ausgabe in besserer Ausstattung kostet 30 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.